

# nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE  
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

11

VII. Jahrgang

Freiburg, November 1967

Einzelpreis 0,75 DM

25 21 395

In diesen Tagen feiern die Menschen in der Sowjetunion den 50. Jahrestag der Oktober-Revolution, die Geburtsstunde des ersten sozialistischen Staates der Erde. Gegen eine Welt erbitterter Gegner hat das russische Proletariat, über Siege und Niederlagen hinweg die Grundlagen einer Gesellschaftsordnung geschaffen, in der sich die Menschen, ohne Ausbeutung durch den kapitalistischen Produktionsmittelbesitzer zu neuem Leben erheben konnten.

Gewaltige Veränderungen haben sich seither, nicht nur in der Sowjetunion, sondern im Leben aller Völker ergeben. Die sozialistische Gesellschaftsordnung hat durch das Beispiel der Sowjetunion bewiesen, daß sie gigantische ökonomische Kräfte zu entwickeln vermag — in einem halben Jahrhundert hat sie aus einem industriell unterentwickelten Agrarland die neben den USA stärkste Industriemacht der Welt geschaffen. Während in den Jahren von 1929 bis 1966 der jährliche Zuwachs der Industrieproduktion in den USA nur 4 Prozent betrug, erreichte die Sowjetunion fast das Dreifache, nämlich 11 Prozent, und heute schon ist ihre Industrieproduktion bis auf annähernd 70 Prozent an diejenige der USA herangerückt. Der ständig wachsende Anteil der gesamten sozialistischen Länder an der Weltproduktion ist auf 38 Prozent angestiegen.

## 50 Jahre sozialistischer Weg

50 Jahre Sowjetunion bedeuten 50 Jahre praktischer Sozialismus und demonstrieren die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaft über die bürgerlich-kapitalistische. Während sich die politischen und ökonomischen Verhältnisse in der Sowjetunion und in den übrigen sozialistischen Staaten von Jahr zu Jahr festigen, werden die

Länder des Kapitalismus von wirtschaftlichen und politischen Krisen geschüttelt. Längst schon ist der Kapitalismus nicht mehr in der Lage, sich mit den ihm eigenen Mitteln am Leben zu halten, sondern er ist um seiner Existenz willen gezwungen, im Zuge der technischen Revolution dem Sozialismus entlehnte planwirtschaftliche Elemente zu akzeptieren.

Das bedeutet aber keineswegs, daß der Kapitalismus dadurch in seinem Charakter verändert wird, daß er sich reformiert und die kapitalistische Wirtschaft damit „menschlicher“ werden könnte. Die Anwendung planwirtschaftlicher Methoden, im Kapitalismus verschämt Programmierung oder Globalsteuerung genannt, ist nur ein Mittel zur Regulierung und zur Sicherung der Profite. Sie hebt die Ausbeutung der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht auf, sie entschärft sie nicht einmal. Sie ist lediglich ein Beweis dafür, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung objektiv keine Existenzberechtigung mehr hat, sondern einer neuen und gerechten Ordnung weichen muß. Die russische Oktober-Revolution von 1917 hat der Menschheit den Weg zu dieser Ordnung freigemacht. sr

Heraus aus der Sackgasse	2
Arbeitnehmerflügel in der SPD	3
■ Entscheidungskampf gegen Notstandspläne	6
■ Stuttgarter Einigung kein Modell für alle	8
TextilarbeiterInnen beraten	11
Bundeskongreß der DAG	12
Deutsche Steinkohlen-AG	14
■ Rote Fahnen an der Ruhr	15
Marx und der Kapitalismus	16
Renten nach der 10. Anpassung	18

## UNVERBESSERLICH

Der amerikanische Gewerkschaftspräsident, George Meany, ist besorgt. Nicht etwa wegen des radikal schwindenden Ansehens der USA auf Grund des schmutzigen Vietnam-Krieges oder wegen der empörten Aktionen der in den Gettos verelendenden Neger, nein: in den Gewerkschaften der Bundesrepublik auftretende „links-radikale Tendenzen“ machen ihn bekümmert.

Meany meint die Ostkontakte der Gewerkschaften und prophezeit, daß eine Annäherung nicht gelingen werde. Das sei schon vor 20 Jahren nicht möglich gewesen.

Der Vertreter eines militanten politischen Katholizismus in den USA, Meany, vergaß aber hinzuzusetzen, daß er selbst und seine Dollars, mit denen er in jenen Zeiten noch schwache Gewerkschaften gefügt machen konnte, die eigentlichen Ursachen für die Spaltung des WGB und die Gründung des heutigen IBFG waren. Diese rechtsradikalen Tendenzen Meany's haben der internationalen Arbeiterbewegung keineswegs geholfen.

Aber die Zeiten haben sich geändert. Nur Meany nicht. Also gehen sie über Meany hinweg. okolus

# Heraus aus der Sackgasse!

**„Ignorantenpartei“ mokiert sich über „Anerkennungspartei“  
Gefährliches Vorbeipolitisieren an den Realitäten**

Die sogenannte neue Ostpolitik der Bundesregierung, die bisher nichts anderes war als der Versuch, mit Lächeln und Formulierungskünsten die alte Adenauer'sche Politik fortzusetzen, ist, wie anders nicht zu erwarten, erfolglos geblieben. Daran gibt es nichts zu deuteln, und selbst die konformistische Presse der Bundesrepublik kann ihre Skepsis nicht verbergen. So schrieb der „Kölner Stadtanzeiger“ am 10. Oktober, der Plan der Bundesregierung, über Rumänien die sozialistischen Länder zu verführen, sei gescheitert, denn „so schlau wie in Bonn ist man in Moskau allemal. Nichts geht mehr. Die Bonner Croupiers haben das Spiel gestoppt. Der Gewinn ist an Ulbricht gegangen.“

Die Bundesregierung jedoch, allen voran Bundeskanzler Kiesinger und sein Außenminister Brandt, reden und handeln weiter so, als ob ihre Ostpolitik dennoch Erfolg haben würde. Sie wenden sich weiter gegen jeden, der die Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat für politisch vernünftig und notwendig hält, und der Bundeskanzler erfand für die zur Vernunft mahnenden Politiker und Journalisten die als Diskriminierung gedachte Bezeichnung „Anerkennungspartei“. Zweifelloso sollte diese Formulierung die gleichen fatalen Emotionen wecken, wie die von den Vertriebenenfunktionären geprägte Parole „Verzichtpolitiker“.

Wie wenig aber die Aktivität der Bundesregierung in der Ostpolitik mit Entspannung zu tun hat, wird deutlich in dem Verhalten des Bundeskanzlers zu dem Brief des DDR-Ministerpräsidenten Stoph. Ohne auf die realistischen Vorschläge Stophs einzugehen, hat Kiesinger den Brief mit dem Bemerkten zurückgewiesen, er stelle der Bundesregierung Maximalforderungen, über die Bonn nicht verhandeln könne. Der bekannte Publizist Sebastian Haffner stellte dazu fest, durchaus im Einklang mit der Meinung vieler Bundesbürger, daß Maximalforderungen ganz anders aussehen würden; etwa die Forderung nach einer kommunistischen Bundesrepublik, nach Ersatz für Wirtschaftsschädigungen, die der DDR in den Jahren des kalten Krieges zugefügt wurden, nach Wiederzulassung der KPD, nach Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, um nur einige zu nennen. Davon ist aber in dem Brief Stophs nichts zu finden. Die DDR wünscht nichts weiter als eine Normalisierung der Beziehungen beider deutscher Staaten auf der Grundlage der nach dem zweiten Weltkrieg in Europa geschaffenen Realitäten. Sie fordert die Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung Westberlins als selbständiges politisches

Territorium und den Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomwaffen. Nüchtern gesehen kann man diese Forderungen keineswegs als Maximalforderungen bezeichnen.

Auf dem 9. Bundeskongreß der DAG in Berlin ist Bundeskanzler Kiesinger der Forderung auf Anerkennung der DDR mit dem Hinweis ausgewichen, daß nur einer souverän sei, dies zu entscheiden — „und der heißt: das deutsche Volk.“ Nun ist es etwas eigenartig, daß in diesem Fall das deutsche Volk entscheiden soll, während in den so lebenswichtigen Fragen wie die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atombomben oder die Beschränkung der demokratischen Freiheiten durch Notstandsgesetze ohne das Volk zu fragen entschieden wurde bzw. entschieden werden soll. Andererseits haben Repräsentativumfragen ergeben, daß die Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Anerkennung der DDR befürwortet.

Es wird immer offensichtlicher, daß in der Bundesrepublik, um die perfide Bezeichnung Kiesingers zu gebrauchen, die „Anerkennungspartei“ wächst. Um so bedauerlicher, daß sich der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg auf die Seite derer gestellt hat, die an der überholten und sterilen Politik jener Unbelehrbaren festhalten, die glauben, man könne die Konsequenzen des verlorenen Krieges dadurch aus der Welt schaffen, daß man die DDR als Realität nicht zur Kenntnis nimmt. In einem Gespräch mit dem Springer-Organ „Welt am Sonntag“ hat Ludwig Rosenberg es abgelehnt, Beziehungen zum FDGB in der DDR aufzunehmen. Dabei stützte sich Rosenberg auf einen Beschluß des letzten DGB-Kongresses, nach dem die Aufnahme gewerkschaftlicher Beziehungen zum FDGB nur nach Erfüllung bestimmter

Bedingungen, nämlich Wiederherstellung der Koalitionsfreiheit, gewerkschaftliche Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit der Person, möglich wäre. Wie soll aber dieser Widerspruch erklärt werden, daß Ludwig Rosenberg auf der einen Seite Kontakte mit den Gewerkschaften der sozialistischen Länder für richtig hält, um Haß und Mißverständnisse abzubauen, das gleiche aber für die Gewerkschaften der sozialistischen DDR nicht gelten lassen will?

Ludwig Rosenberg geht jedoch auch von sachlich unzutreffenden Voraussetzungen aus, denn seine Bedingungen wurden auf dem 7. ordentlichen DGB-Kongreß gar nicht beschlossen. Sie waren zwar in der Entschließung 11 enthalten, die der Bundesvorstand den Delegierten vorlegte, aber diese Entschließung wurde vom Kongreß nicht angenommen, dafür der Initiativantrag Nr. 16, der zwar ebenfalls noch nicht den politischen Notwendigkeiten entsprach, aber Bedingungen, wie sie Rosenberg in seinem Gespräch mit der „Welt am Sonntag“ aufstellte, enthielt dieser Antrag nicht mehr.

Die Ansichten des DGB-Vorsitzenden geraten aber auch in Widerspruch zu den Auffassungen, die in den Einzelgewerkschaften in der letzten Zeit immer deutlicher werden. Hier werden, im Gegensatz zu Rosenberg, Kontakte zum FDGB gefordert und wird nach Möglichkeiten gesucht, normale Beziehungen aufzunehmen. Es sei hier besonders an die Initiative des OTV-Vorsitzenden Kluncker erinnert und ebenso an die Äußerungen des stellvertretenden Vorsitzenden der IG Metall, Wöhrle, der gegenüber der „Frankfurter Rundschau“ von dem Nutzen sprach, der sich aus Einladungen des FDGB, wenn sie in der Bundesrepublik angenommen würden, für die Gewerkschaften ergeben könnte.

Auf der Kreisdelegierten-Konferenz München des DGB, auf der 171 000 Mitglieder vertreten waren, wurde mit 45 gegen 24 Stimmen bei 5 Enthaltungen beschlossen, den DGB-Bundesvorstand zu ersuchen, seine Richtlinien über Kontakte mit politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der DDR, sofern sie diese Kontakte verbieten, zu ändern.

Es zeigt sich zweifellos, daß die Mitglieder und Funktionäre der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften mehr Sinn für politische Realitäten haben und besser wissen, was ihren eigenen Interessen entspricht, als Bundesregierung und Koalitionsparteien — und leider auch der DGB-Vorsitzende.  
H. S.

# Bundesfunktionärskonferenz der SPD

## Sozialdemokratische Gewerkschafter sind enttäuscht Regierungsbeteiligung brachte Partei in die Krise

Auf zahlreichen Landes-, Bezirks- und Kreiskonferenzen sowie auf sonstigen Zusammenkünften von Parteieinheiten der SPD, besonders in Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein, standen die sozialdemokratischen Minister der Kiesinger-Regierung wie auch der Parteivorstand und die führenden Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion unter immer schärferem politischem Beschuß. Vertreter des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion, die sich zur Verteidigung der Notstandsgesetze berufen fühlten, wurden in heftige Diskussionen verwickelt und stießen auf entschiedene Ablehnung.

Vom Parteivorstand und von der Bundestagsfraktion wird aus den Kreisen der Mitgliedschaft immer stärker gefordert, so, wie es die Gewerkschaften auf ihren Gewerkschaftstagen und auf dem Bundeskongreß des DGB beschlossen haben, die Notstandsgesetze abzulehnen und sich an keiner Maßnahme zu beteiligen, die eine soziale Schlechterstellung der Lohn- und Gehaltsempfänger zum Ziele haben. Nach den Wahlniederlagen in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bremen, verlangen die Mitglieder von der Parteiführung und der Bundestagsfraktion, die Gemeinsamepolitik mit der CDU/CSU aufzugeben und eine eigenständige sozialdemokratische Politik, den Parteitage beschlussentsprechend, zu praktizieren.

Auf Grund der mit diesen Vorstellungen verbundenen Forderung nach der Einberufung eines außerordentlichen Parteitages, beschloß der Parteivorstand, den für Herbst 1968 geplanten Parteitag auf März vorzuverlegen. Gleichfalls soll vom 13. bis 15. November 1967 eine Bundesfunktionärskonferenz einberufen werden, auf der der Parteivorsitzende und Außenminister der Koalitionsregierung, Willy Brandt, ein Referat über das Thema „Deutschland heute — gesellschaftliche Interessen und Aufgaben“ halten soll. In drei Arbeitsgemeinschaften, so ist vorgesehen, sollen die Probleme zur Frage der Wirtschafts- und Strukturpolitik, die geistige Situation und die politische Wirklichkeit und die Notstandsgesetzgebung diskutiert werden.

Diese Bundesfunktionärskonferenz ist durch das Statut nicht legitimiert. Ihre Zusammensetzung wird auch nicht durch die Mitglieder der Partei bestimmt, sondern die Auswahl der Delegierten erfolgt nach Richtlinien, die allein der Parteivorstand festlegt. Diese Arbeitstagung ist zwar nicht beschlußfähig, aber durchaus in der Lage, Meinungen zu präjudizieren. Zweifellos will der Parteivorstand mit der Bundesfunktionärskonferenz die Forderung der Mitglieder nach einem außerordentlichen Parteitag zur Beratung über eine Notstandsgesetzgebung auffangen und die Erbitterung der Mitgliedschaft über den sozialpolitischen Kurs der Kiesinger/Brandt-Regierung dämpfen. Der Parteivorstand will die Partei, ohne

große Diskussion auf die Annahme der Notstandsgesetze, evtl. noch in diesem Jahr, zumindest aber in dieser Legislaturperiode, vorbereiten.

In einem Interview mit der „Welt der Arbeit“ sagte Helmut Schmidt, Vorsitzender der Bundestagsfraktion, daß die Bundesfunktionärskonferenz dem kommenden Parteitag vorgeschaltet sei. Das bedeutet, daß auf der Konferenz die politische Linie der Anträge an den Parteitag, die Politik der Großen Koalition und die Einwilligung zur Verabschiedung der Notstandsgesetze festgelegt werden soll.

In der Partei wächst aber der Widerstand gegen diese Politik. Immer mehr Mitglieder erkennen, daß sich die Beteiligung sozialdemokratischer Minister an der Kiesinger-Regierung, daß

sich die Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU, gegen die Interessen der eigenen Partei richtet. In Bremen hat die SPD in Arbeitervierteln bis zu 30 Prozent ihrer Stimmen verloren und es ist eine Tatsache, daß sie seit ihrer Beteiligung an einer Regierung der Großen Koalition, die nach den Worten Kiesingers nichts anderes als CDU-Politik macht, eine Wahlniederlage nach der anderen erleiden mußte.

Wenn die SPD den Rückgang ihrer Wählerstimmen aufhalten will, muß sie einen anderen Weg gehen, darüber gibt es bei der Mehrheit der Parteimitglieder gar keinen Zweifel. Das heißt aber, daß der Parteivorstand sich nach dem Willen der Mitglieder zu richten hat und nach den Anträgen und Entschlüssen, die auf den Tagungen und Kongressen der Parteiorganisation gefaßt worden sind. Sie muß von der Sperrminorität, die sie 1961 vor der Wahl gefordert und bei der Wahl bekommen hat, im Interesse der Demokratie Gebrauch machen und die Notstandsgesetze ablehnen, wie es die Mehrheit der Arbeiterschaft und der Parteimitglieder, der Jugendorganisationen, der Studenten und der Wissenschaftler mit Entschiedenheit verlangen. Daß dieser Standpunkt auch auf den der Bundeskonferenz vorhergehenden Gebietskonferenzen und selbstverständlich auch der Bundesfunktionärskonferenz vertreten wird, kann dieser Tagung erst die Bedeutung geben, die sie für eine Änderung der Politik der Sozialdemokratischen Partei haben sollte. sr

## Arbeitnehmerflügel in der SPD

Seit dem Eintritt sozialdemokratischer Minister in die Regierung der Großen Koalition verstärken sich die Bestrebungen in einer Reihe von Bundesländern, innerhalb der SPD einen Arbeitnehmerflügel zu bilden. So wurde vor einigen Wochen auf einer Konferenz sozialdemokratischer Gewerkschafter aus Rheinland-Pfalz im Mainzer DGB-Haus eine Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Gewerkschafter gegründet. Der Initiator der Arbeitsgemeinschaft in Rheinland-Pfalz ist der DGB-Landesvorsitzende Julius Lehlbach, der im Anschluß an diese Konferenz erklärte, daß die Gründung von Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Gewerkschafter gegenwärtig in vollem Gange sei. Die Bildung dieser Arbeitsgemeinschaften in den Kreisen begann in Rheinland-Pfalz unmittelbar nach Beendigung der Urlaubszeit, und innerhalb von zwei Wochen konnten in der Hälfte der 19 DGB-Kreise Arbeitsgemeinschaften gegründet werden. Bis Ende Oktober sollten die übrigen Kreise folgen und unmittelbar danach eine Landesarbeitsgemeinschaft konstituiert werden.

Zweck dieser Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Gewerkschafter soll es sein, die Interessenvertretung der

Arbeitnehmerschaft in der — wie Julius Lehlbach es ausdrückt — „Volkspartei SPD“ stärker als bisher durchzusetzen. Die Arbeitnehmerinteressen seien in der jüngsten Vergangenheit zu kurz gekommen. Wörtlich sagte Lehlbach:

*„Wir wollen keineswegs gegen die Partei arbeiten, wie uns bereits böswillig unterstellt worden ist, sondern im Gegenteil die Partei davor bewahren, durch eine Mitwirkung an einer arbeitnehmerfeindlichen Politik Resonanz und Glaubwürdigkeit beim Arbeitnehmer zu verlieren. In Rheinland-Pfalz wollen wir der Parteiarbeit auf Landes- und Bezirksebene neue Impulse geben, um den bei der letzten Landtagswahl verlorenen Boden so schnell wie möglich zurückzuerobern. Und auf Bundesebene wollen wir versuchen, innerhalb der Großen Koalition die Rolle unserer Partei sozialer zu gestalten.“*

Als konkrete Begründung für die Notwendigkeit einer solchen Aktion führte der DGB-Landesvorsitzende an, daß die Lohn- und Gehaltstüten im Jahre 1967 um acht Milliarden DM

(Forts. Seite 4)

## Die Bundespolitik bestimmte den Ausgang der Wahlen Wie die DFU zu ihrem bislang besten Landesergebnis kam

Obwohl es sich bei den Wahlen in Bremen um eine politische Entscheidung in dem kleinsten Land der Bundesrepublik gehandelt hat, hat das Wahlergebnis in der westdeutschen Öffentlichkeit eine erhebliche Resonanz gefunden. Besonders der starke Stimmenverlust der Sozialdemokratischen Partei sowie das gefährliche Anwachsen der für die neofaschistische NPD abgegebenen Stimmen haben zu eingehenden Diskussionen über die Ursachen geführt. Aber auch die Tatsache, daß es der DFU gelungen ist, unmittelbar bis an die undemokratische 5-Prozent-Grenze heranzukommen, ist in der politischen Öffentlichkeit mit viel Interesse vermerkt worden. Nachstehend veröffentlichen wir eine Wahlanalyse, die uns von einem an exponierter Stelle stehenden Wahlkandidaten der DFU zur Verfügung gestellt wurde und die sich mit den Ursachen des Wahlerfolges der DFU beschäftigt:

Der Wahlerfolg der DFU in Bremen ist auf eine Reihe von Ursachen zurückzuführen, wobei langfristig wirksame Faktoren die Wählerentscheidungen zugunsten der DFU maßgeblich beeinflußt haben. Nicht zuletzt waren es die spürbar gewordenen Folgen der Großen Koalition: Lohn- und Sozialabbau, die Sorge um den Arbeitsplatz, Miet-, Tarif- und Preissteigerungen, die Belastungen der Rentner und die Steuererhöhungen konnten nicht ohne Einfluß auf die Wahlentscheidungen bleiben. Die DFU hatte die Probleme der Wirtschaft- und Sozialpolitik deshalb auch in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes gestellt und vernünftige Vorschläge zur Eindämmung der Krise und für die Überwindung von Schwierigkeiten Bremer Betriebe gemacht. Das hat ihr das Vertrauen vieler Betriebsarbeiter eingebracht.

In Bremen gibt es seit über zwei Jahren eine Anti-Notstandsbewegung, zu der sich über 3000 Persönlichkeiten bekennen. In der letzten Phase des Wahlkampfes forderten über 200 Bremer Persönlichkeiten durch einen in den Tageszeitungen veröffentlichten

Aufruf auf, nur Notstandsgegner in die bremische Bürgerschaft zu wählen. Diese Initiative führte zu einer von 12 Gewerkschaftsfunktionären unterzeichneten Erklärung gegen die Notstandsgesetze. Diese öffentliche Diskussion verstärkte nicht nur die Anti-Notstandsbewegung, sie führte auch gleichzeitig zu einer richtigen Erkenntnis der Anti-Notstandsposition der DFU. Die DFU war die einzige Partei, die aus dem Briefwechsel Stoph—Kiesinger die Schlußfolgerung zog, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und die Anerkennung der DDR der erste Schritt sein muß, den die Bundesregierung jetzt gehen sollte. Auf der Liste der DFU kandidierten neben dem Spitzenkandidaten auch bekannte Kommunisten. Das hat u. a. dazu geführt, daß viele von der SPD-Politik enttäuschte Wähler der DFU ihre Stimme gaben.

In allen bisherigen Bürgerschaftswahlen konnten die Fragen der großen Politik durch CDU, SPD und FDP mit Erfolg ausgeklammert werden. Das war bei diesen Wahlen nicht mehr möglich. Viele Wähler haben begriffen, daß, um nur ein Beispiel zu nennen, die unbestrittenen Erfolge Bremens im sozialen Wohnungsbau dann fragwürdig zu werden beginnen, wenn durch Maßnahmen der Bonner Regierung die Mieten dieser Wohnungen bis zu 25 Prozent erhöht werden sollen. Die große Politik ist in den Vordergrund getreten; sie hat die Abhängigkeit kommunalpolitischer Probleme von den zentralen politischen Fragen deutlich gemacht. Die Wähler sind direkt und unmittelbar mit der Politik der Großen Koalition konfrontiert worden.

Warum aber wirkte sich die Politik der Großen Koalition gegen die SPD und nicht auch gegen die CDU aus? Die SPD-Minister in Bonn machen sich stark für Lohnkürzung, für Sozialabbau und Mieterhöhungen. Sie sind es, die die extremen Kreise der CDU in ihrer Politik des kalten Krieges stärken und mit ihrer Losung „Wir müssen alle Opfer tragen“ die Folgen der CDU-Politik dem Volke verständlich zu machen versuchen. Deshalb hat die CDU es gar nicht nötig, ihre Politik

Die vom Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) organisierten „9. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für Solidarität, Frieden und Freundschaft“ sollen im Sommer 1968 in Sofia, der bulgarischen Hauptstadt, stattfinden. In der Bundesrepublik hat sich kürzlich ein „Arbeitskreis Festival“ konstituiert, in dem u. a. Vertreter des Liberalen Studentenbundes, des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, des Sozialdemokratischen Hochschulbundes und der Freigeistigen Jugend mitarbeiten. Die DGB-Jugend, die Falken und andere Jugendorganisationen der Bundesrepublik haben angekündigt, sie würden Beobachtergruppen zu den Festspielen nach Sofia schicken.

vor den Wählern zu verteidigen. Die Wahlniederlage der SPD ist deshalb die logische Folgerung ihrer Erretermission („Wir mußten den Staat vor dem Untergang bewahren; wir mußten den Karren aus dem Dreck ziehen“).

Die NPD hat in Bremen ihren bisher größten Wahlerfolg erzielen können. Auch hier wieder auf Kosten der SPD. Die SPD-Führer können die CDU im Nationalismus und Revanchismus nicht überholen. Die Partei des Chauvinismus und Revanchismus ist die CDU. Wenn die SPD-Führung sich mit ihr auf diesem Felde auf einen Wettbewerbs einläßt, können nur die Rechtsradikalen gewinnen und die SPD verlieren.

Die DFU hat bei ihren Wahleinsätzen etwa 6000 Hausbesuche gemacht, in einigen Wahllokalen konnte sie einen Stimmenanteil von 20 bis 22 Prozent erreichen. Schon jetzt kann gesagt werden, daß überall dort, wo die DFU ihren Stimmenanteil überdurchschnittlich verbesserte, der Hausbesuch der Kandidaten besonders intensiv gewesen war. In den Gebieten, in denen die DFU besonders große Erfolge gehabt hatte, ist jahrelang individuelle Kleinarbeit geleistet worden, Träger dieser Arbeit waren nicht zuletzt Kommunisten.

Neben dem unmittelbaren Wahlerfolg konnte die DFU während der Wahlkampagne viele neue Mitglieder, besonders junge Menschen, gewinnen. Das Interesse an der Politik der DFU ist außergewöhnlich stark geworden. Die Landesleitung der DFU wird von vielen Seiten um laufendes Informationsmaterial gebeten. Die Analyse des Wahlergebnisses in Bremen hat sicherlich auch allgemeingültige Bedeutung. Sie bestätigt die jetzt zur Gewißheit gewordene Einschätzung der DFU, daß sich durch die Große Koalition die CDU schnell von ihrer Krise erholen konnte und daß dafür die SPD in ihre tiefste Krise seit 1945 geraten ist.

(Forts. von Seite 3)

leichter seien als 1966. Es würde immer mehr erkennbar, daß die sozialen Belange der Arbeitnehmer auf dem Altar der Wirtschaftspolitik geopfert und der Sozialhaushalt in zunehmendem Maße zur Finanzierung des Bundeshaushaltes herangezogen werde.

Die Kürzung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung um 459 Millionen und die Zuweisung von Schulbuchforderungen von 1259 Millionen an Stelle von Bargeld sowie die ins Auge gefaßte Kürzung der Sozialrenten bedeute, daß die wirtschaftlich schwächsten Schichten unseres Volkes das Haushaltsdefizit des Bundes zu tragen hätten. Lehlbach betonte, dieser Entwicklung können und dürfen die Gewerkschafter in der SPD nicht tatenlos zusehen. -ger

## Schmutziger Krieg verschlingt im Jahr 150 Mrd. DM Protestdemonstrationen in USA und ganz Europa

Die Protestwelle der amerikanischen Kriegsgegner gegen den verbrecherischen Krieg, den die Johnson-Regierung gegen das vietnamesische Volk führt, hat mit einer riesigen Antikriegsdemonstration in Washington ihren letzten Höhepunkt erreicht. Immer heftiger wird der Widerstand der Johnson-Gegner gegen einen Krieg, den auch die gewaltige Kriegsmaschinerie der USA gegen das kleine, um seine Freiheit kämpfende Volk der Vietnamesen nicht gewinnen kann, der aber die USA immer mehr in die politische und moralische Isolation treibt. Dafür sind die am gleichen Tag in fast allen europäischen Großstädten durchgeführten Demonstrationen ein nicht zu übersehender Beweis.

Inzwischen aber bekommt auch die amerikanische Wirtschaft die Folgen dieses unmoralischen Krieges zu spüren. Der Krieg hat dem amerikanischen Volk einen Rüstungsetat aufgezwungen, der nur noch von den Kriegslasten der beiden letzten Jahre des zweiten Weltkrieges übertroffen wird. Bei einer Gesamtausgabe für die militärische Rüstung in Höhe von rund 80 Milliarden Dollar, das sind mehr als 300 Milliarden DM, und 55 Prozent des gesamten Staatshaushaltes, müssen allein zwischen 35 bis 40 Milliarden Dollar pro Jahr dem Vietnamkrieg geopfert werden. Dabei wachsen die sozialen Spannungen, und die Aufstände in den Neger-Gettos können von der Regierung nur mit brutaler Gewalt unterdrückt werden. Sie sind aber ein Zeichen dafür, daß der für die Rüstung vergeudete Reichtum des Landes dort fehlt, wo die Verelendung dieser vom Reichtum ausgeschlossenen Gesellschaftsschicht mit revolutionärer Gewalt auf die Verbesserung ihres Lebensstandards drängt.

Nicht besser als der am Rande des Existenzminimums lebenden Negerbevölkerung geht es den Millionen Rentnern und Pensionären, die nach einem arbeitsreichen Leben mit erbärmlich niedrigen Renten leben müssen. Die „Stuttgarter Zeitung“ hat vor einigen Tagen einen Artikel ihrer Washingtoner Korrespondentin veröffentlicht, in dem die Situation der Alten und Kranken in den USA geschildert wird und dem nachstehende Auszüge entnommen sind. In dem Artikel heißt es u. a.:

„Was erhält nun ein Rentner in den USA? Ein einzelstehender Arbeitnehmer, der den Höchstsatz für die ersten 6600 Dollar seines Jahreseinkommens bezahlt hat, erhält derzeit 168 Dollar Rente monatlich. Der Mindestsatz für einen einzelstehenden Rentner ist 78,20 Dollar. Dies ist gewöhnlich nicht genug, um auch nur den Mietzins zu bezahlen. Indessen kann auch ein einzelner Mensch mit dem Höchstsatz von 168 Dollar keine Sprünge machen und erst recht keine Arzt- oder gar Hospitalrechnungen bezahlen. An Ferien, kulturelle Aktivitäten und Ähnliches ist ebenfalls nicht zu denken. Für ein Rentner-Ehepaar beträgt der niedrigste

Satz derzeit 117 Dollar, der Höchstsatz 252 Dollar . . . Bedeutend schlechter sind aber die anderen Versicherungsleistungen. Derzeit erhält die Witwe eines Sozialversicherten als Minimum 44 Dollar und im Höchstsatz 138 Dollar. Dies, sofern sie 62 Jahre oder älter ist. Eine Witwe, gleich welchen Alters, mit zwei Kindern hat Anspruch auf mindestens 66 und höchstens 368 Dollar.

Die Sozialversicherungsbeiträge belaufen sich derzeit auf 8,8 Prozent der ersten 6600 Dollar des Einkommens, sollen aber stufenweise bis auf 11,8 Prozent der ersten 7600 Dollar hinaufgesetzt werden. Diese Erhöhung der Beitragszahlungen wird den Effekt haben, daß ein junger Arbeitnehmer, der heute seine Berufslaufbahn beginnt, überhaupt keine Aussicht hat, jemals, selbst unter den günstigsten Umständen, seine Einzahlungen wieder herauszubekommen. Die staatliche Altersversicherung ist nämlich teurer als eine entsprechende private Versicherung.

Wie schlecht die älteren Bürger finanziell gestellt sind, zeigen Studien, die der Kongreß jetzt anfertigen ließ. Ihnen zufolge lebte die Hälfte der amerikanischen Familien, in denen zumindest eine Person über 65 Jahre alt war, unter der Armutsgrenze. Die Armutsgrenze für eine Familie von vier Personen wird je nach der geographischen Region der USA und den dort herrschenden Bedingungen zwischen 3000 Dollar im tiefen Süden und 4000 bis 5000 in den Industriestädten des Nordens angegeben. Die Inflationsrate von derzeit etwa 3,5 Prozent schlägt die Gruppen, die mit festen Einkommen leben müssen, natürlich unverhältnismäßig mehr als die Arbeitnehmer, deren Einkommen mit den Lebenshaltungskosten steigen.“

Hinzu kommt, daß ein Rentner, der sich noch arbeitsfähig fühlt, nicht mehr als 1500 Dollar im Jahr zu verdienen darf, wenn er nicht auf den vollen Anspruch seiner Versicherungsleistung verzichten will. Aber, so wird in dem Artikel festgestellt, die meisten Rentner und Pensionäre, die 65 Jahre und älter sind, können sowieso keinen Arbeitsplatz mehr finden, der es ihnen ermöglichen würde, zu ihren Renten etwas hinzuzuverdienen. -er

Der erste von der Regierung der Großen Koalition vorgelegte Bundeshaushalt — für 1968 — schließt mit einer Gesamtausgabe in Höhe von 80 656 759 400 DM ab. Das sind 6,2 Milliarden DM oder 8,2 Prozent mehr als im laufenden Jahr. Der Haushaltsplan ist eine Regierungserklärung in Zahlen, und er enthüllt durch Aufteilung der vorgesehenen Ausgaben auf die verschiedenen Etatposten den Charakter der Regierungspolitik.

Wie in den bisherigen Bundeshaushalten der Regierungen Adenauer und Erhard machen die Ausgaben für die Rüstung den größten Etatposten aus. Wird schon für den „Bundesminister der Verteidigung“ die unwahrscheinlich hohe Summe von 18,175 Milliarden DM zur Verfügung gestellt, so sind das keineswegs die gesamten Rüstungskosten, vielmehr beläuft sich der Gesamtrüstungsetat auf 22,146 Milliarden DM oder 275 Prozent des Gesamthaushaltes.

Die Sozialausgaben, zusammengefaßt unter dem Etat-Titel „Arbeit und Sozialordnung“, sind mit 205 Milliarden DM ausgewiesen. Dabei ist aber festzustellen, daß in dieser Position auch jene Aufwendungen untergebracht sind, die als Kriegsfolgekosten in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Militärhaushalt der Bundesrepublik stehen. Für Kriegsoferversorgung, Lastenausgleich und sonstige soziale Kriegsfolgeleistungen müssen fast 7 Milliarden DM aufgebracht werden. Setzt man diese Milliarden vom Block der Sozialleistungen ab, bleibt eine Summe von rund 13,6 Milliarden DM übrig, das sind immerhin noch 17 Prozent des Gesamtetats, aber in dieser Summe sind die vorgesehenen Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte und an die Knappschaftsversicherung in Höhe von 9,455 Milliarden DM enthalten.

Hierzu muß man wissen, daß der Bundeszuschuß an die Sozialversicherungsanstalten als eine Abgeltung von Kriegsfolgekosten anzusehen ist. Das hat auch der Ausschuß für Arbeits- und Sozialpolitik beim Bundesrat in seiner Stellungnahme zum Haushaltsplan festgestellt. So gesehen ist der Etatposten „Arbeit und Sozialordnung“ keineswegs ein Ausdruck besonderer sozialer Verantwortung der Bundesregierung.

Bezeichnend für den Gesamtetat sind noch zwei Feststellungen: Während die Rüstungskosten 27 Prozent des Bundesetats ausmachen, werden für die wissenschaftliche Forschung 2,4 Prozent und für das Gesundheitswesen ganze 0,13 Prozent der Gesamtausgaben angesetzt, d. h. auf 1 DM für Gesundheit kommen 150 DM für die Bundeswehr.

H. Schnoor

# Entscheidungskampf gegen Notstandsplan

**Gewerkschaften aktivieren ihre Kräfte — Bundesregierung will jetzt ihr undemokratisches Vorhaben durchsetzen**

In beiden Lagern, bei Befürwortern und Gegnern der Notstandsgesetze, wird gegenwärtig die entscheidende Auseinandersetzung in dieser leidigen Frage vorbereitet. Die Koalitionsregierung, getreu ihrer Vereinbarung, die Notstandsverfassung 1968 endlich durchzupauken, ist entschlossen, aus den nächsten Wochen und Monaten einen „Notstandswinter“ zu machen. Die Notstandsgegner, an ihrer Spitze Gewerkschafter und Repräsentanten des Kultur- und Geisteslebens, sind nicht minder entschlossen, dieses Vorhaben mit allen demokratischen Mitteln zu vereiteln. Für sie geht es um die Bewahrung von Recht und Demokratie.

Auf einer Kundgebung in Bonn bekräftigten die Sprecher des DGB-Bundesvorstandes Rosenberg, Beermann und Reuter die Ablehnung der vorliegenden Notstandsgesetzesentwürfe durch den Deutschen Gewerkschaftsbund. Gleichzeitig verlangten die Redner die Annullierung der bereits verabschiedeten sogenannten „einfachen“ Notstandsgesetze. Ausdrücklich wurden Regelungen für den „inneren Notstand“, die Einschränkung von Grundrechten über die Bestimmungen des Grundgesetzes hinaus und jede Beeinträchtigung des Koalitions- und Streikrechts der Arbeitnehmer von den Repräsentanten des DGB-Bundesvorstandes abgelehnt.

Überall in der Bundesrepublik regt sich verstärkter Widerstand gegen die undemokratischen Regierungspläne. Nach der Bildung zahlreicher betrieblicher Ausschüsse gegen die Notstandsgesetzgebung hat sich jetzt im größten Bundesland, Nordrhein-Westfalen, ein Landeskuratorium „Notstand der Demokratie“ (siehe besonderen Bericht) gebildet, dem u. a. 53 Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsratsvorsitzende von Großunternehmen und Konzernen angehören. Das zentrale Kuratorium „Notstand der Demokratie“ hat alle Gegner der Notstandsgesetze aufgefordert, den November zum Aktionsmonat gegen die Bonner Notstandspläne zu machen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in seinem Organ „Welt der Arbeit“ am 27. Oktober 1967 erneut seine Ablehnung der Notstandsgesetze bekräftigt und angesichts der jüngsten Bonner Verschleierungstaktik und beschwichtigender Erklärungen festgestellt, daß „der Notstandsnebel nur noch dichter geworden“ sei. Insbesondere die Lückes Behauptung, daß es nun keine Schubladengesetze mehr gebe, sei — „um es behutsam auszudrücken — völlig unglaubwürdig“. Anfang des Monats hatte der DGB allen Bundestagsabgeordneten mit einem umfangreichen Material nochmals die ablehnende Haltung der Gewerkschaften begründet und sie aufgefordert, jede zusätzliche gesetzliche Regelung eines Notstandes abzulehnen.

In zahlreichen Städten, so in München, Bonn, Ludwigshafen, Wiesbaden, Bielefeld und Essen werden im November

auf Initiative von DGB-Organisationen bzw. der örtlichen Kuratorien „Notstand der Demokratie“ prominente Gewerkschafter und Vertreter des Geisteslebens auf öffentlichen Kundgebungen ihre ablehnende Haltung zur Notstandsgesetzgebung begründen. Ablehnende Entschlüsse werden inzwischen auch, wie in Kassel und Mülheim / Offenbach, von Ortsvereinen und Delegiertenkonferenzen der Sozialdemokratischen Partei gefaßt.

Vor dem Hintergrund dieser in allen Volksschichten, in den Gewerkschaften, Betrieben, in der SPD und an den Hochschulen anschwellenden Opposition gegen die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der Regierung müssen die Maßnahmen und Erklärungen gesehen werden, die offensichtlich die Zersplitterung und Schwächung der Anti-Notstandsfront zum Ziele haben. So sagte der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt kürzlich: „Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird an die bevorstehenden Beratungen über eine Gesetzgebung für den Notfall aus der gleichen Haltung herangehen, wie sie sie in der Opposition vertreten hat. Das schließt das Bestreben ein, zu einer Lösung zu kommen, die einstimmig vom Bundestag verabschiedet werden kann.“

Obgleich Helmut Schmidt den Eindruck erwecken möchte, als seien die sozialdemokratischen „Vorbehalte“ aus der Oppositionszeit wieder aktuell, läßt seine Erklärung in dieser Richtung nichts Verbindliches erkennen.

## Das „Politikum“ von NRW

Ende Oktober hat sich in Bochum für das Land Nordrhein-Westfalen das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ gebildet. Ihm gehören über 80 in der Öffentlichkeit bekannte Persönlichkeiten an, darunter 33 Gewerkschaftssekretäre, 20 Betriebsratsvorsitzende von Großbetrieben, 15 Professoren, mehrere Pfarrer und ein Landtagsabgeordneter der SPD.

Angesichts der qualitativen Zusammensetzung ist die Bildung dieses Kuratoriums als ein Politikum zu wer-

Man ist eben nur „bestrebt“ usw. Aber die Gegner der Notstandsverfassung wollen nicht diesen oder jenen Entwurf, sondern die gesamte Notstandsgesetzgebung grundsätzlich in Frage stellen, sie lehnen sie aus demokratischen Erwägungen in jeder Variante ab. Diesen Standpunkt hat der Deutsche Gewerkschaftsbund auf seinem Berliner Kongreß bezogen, und das ist auch der Standpunkt der Demokraten außerhalb der Gewerkschaften.

Die Sprecher des DGB und der Gewerkschaften, wie Rosenberg, Beermann, Brenner, Kluncker und Vitt, die zu den sogenannten Hearings des Bundestages geladen sind, um — beginnend am 9. November — an fünf aufeinanderfolgenden Donnerstagen öffentlich zum Notstandskomplex Stellung zu nehmen, werden die Aufgabe haben, den bekannten ablehnenden Standpunkt eindringlich und einleuchtend darzulegen. Dabei sollte man nicht in den Fehler verfallen, die Bedeutung der Hearings zu überschätzen, zumal sie, statt im Bonner Beethovensaal, jetzt im Fraktionszimmer der CDU/CSU im Bundeshaus stattfinden sollen, um den Fernsehkameras nicht immer wieder das dankbare Motiv protestierender Zuschauergruppen zu bieten.

Es wird jetzt Ernst in der Frage der Notstandsgesetzgebung. Mehr denn je gilt die Feststellung, daß der Kampf gegen die Notstandsverfassung und für die Verteidigung der Demokratie in die entscheidende Phase eintritt. An der Spitze der Bewegung zur Rettung der Demokratie werden die Gewerkschafter jetzt zusammen mit allen übrigen demokratischen Kräften jene neue Protestwelle in Gang setzen müssen, die stark genug ist, um ein drittes Mal die Entwürfe zur Installierung einer Notstandsverfassung scheitern zu lassen. Es geht dabei um nichts Geringeres als — um mit den Worten eines von über 12000 evangelischen Theologen und Persönlichkeiten unterzeichneten Offenen Briefes zu sprechen — den „legalen Weg zum Staatsstreich“, die „Aufhebung der demokratischen Grundrechte in Friedenszeiten“ und die „Ausschaltung des vom Volk frei gewählten Parlaments“ zu verhindern.

G. S.

ten. Nach den verstärkten Bemühungen der SPD, die sozialdemokratischen Gewerkschafter wieder auf den Kurs des Parteivorstandes festzulegen, muß die starke Vertretung namhafter Gewerkschafter in diesem Ausschuß als ein Ausdruck wachsenden Unbehagens gegenüber der Politik der Großen Koalition angesehen werden. Dieser demonstrative Schritt ist nicht nur ein Zeichen energischen Widerstandes gegen den Versuch, durch Notstandsgesetze die Tätigkeit der Gewerkschaften und die staatsbürgerlichen Freihei-

## **Gewerkschaften erhöhen Aktivität gegen Notstandspläne**

In diesen Tagen und Wochen beschließen zahlreiche Organe und Organisationen des DGB und der Einzelgewerkschaften Maßnahmen zur Verstärkung des Kampfes gegen die drohende Gefahr einer baldigen Verabschiedung der Notstandsgesetze durch CDU/CSU und SPD im Bundestag. Als Beispiel für viele mag der nachstehende Beschluß der Vertreterversammlung der IG Metall Nürnberg deutlich machen, welche Möglichkeiten den Gewerkschaften zur Intensivierung dieses Kampfes offenstehen:

*„Mit öffentlichen Anhörungen und Beratungen in den Ausschüssen des Bundestages geht die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze in ihre entscheidende Phase. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der IG Metall und des DGB beschließt deshalb die Vertreterversammlung:*

*1. Die Ortsverwaltung wird beauftragt, im DGB-Kreisvorstand die Durchführung einer Kundgebung gegen die Notstandsgesetzgebung zu beantragen. Diese Kundgebung soll noch in diesem Jahr und in Zusammenarbeit mit den DGB-Kreisen Fürth, Erlangen, Roth-Schwabach und Lauf sowie den regionalen Kuratorien „Notstand der Demokratie“ durchgeführt werden.*

*2. Die Ortsverwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß im Laufe des Monats November 1967 in allen Betrieben zumindest Vertrauenskörper-*

*Sitzungen stattfinden, in denen die Funktionäre der IG Metall über den Stand der Notstandsdiskussion informiert werden, damit sie unseren Mitgliedern gegenüber die Haltung der Gewerkschaft zu diesen Gesetzen erklären können.*

*Darüber hinaus sollte die Möglichkeit der Durchführung von außerbetrieblichen Mitgliederversammlungen, gegebenenfalls mehrerer Betriebe gemeinsam, von den verantwortlichen Betriebsfunktionären geprüft werden. Wo das möglich ist, sollten solche Versammlungen mit Unterstützung der Ortsverwaltung durchgeführt werden. Alle Vertreter verpflichten sich, in ihren Vertrauenskörpern für die Realisierung dieser Beschlüsse einzutreten und alles zu tun, daß die Veranstaltungen von allen Funktionären und Mitgliedern besucht werden.“*

### **Gegen Militarisierung der Polizei**

Auf einem Delegiertentag der Polizeigewerkschaft (GdP) in Rendsburg wandte sich deren Vorsitzender, Werner Kuhlmann, gegen den Prozeß der schleichenden Militarisierung der Polizei, den die Bundesregierung eingeleitet habe. „Die offizielle Polizeikonzeption in der Bundesrepublik ist eindeutig militärisch“, sagte Kuhlmann. Handgranaten, Granatwerfer, schwere Waffen, an denen die Polizisten ausgebildet würden, hätten mit dem lebensschaltenden Auftrag der Polizei nichts zu tun.

unbeabsichtigt“ — „in die Nähe derjenigen Kreise gerückt, die ohnehin Tarifautonomie und unabhängige Gewerkschaften als überflüssigen Ballast unserer Gesellschaftsordnung ansehen.“

Abschließend betont Rüttel, wahrscheinlich werde die SPD „in wesentlich verkleinertem Maßstab“ in den nächsten Bundestag einziehen. Es dürfe aber „um der Arbeitnehmer willen nicht sein, daß dann auch die Gewerkschaften am Ende ihres Lateins sind. Um das zu begreifen, sollte Herbert Wehner hin und wieder einmal eine Kabinettsitzung schwänzen und statt dessen eine Gewerkschaftsversammlung oder die Arbeiter eines Betriebes besuchen.“

Auch diese Meinung eines Gewerkschafters gibt die Stimmung in der SPD deutlich wieder und macht verständlich, wie stark der Widerstand gegen die Politik der Großen Koalition wächst. Die Gewerkschafter sind jetzt weniger denn je bereit, den Kurs des Parteivorstandes und der Mehrheit der Bundestagsfraktion mitzumachen, und ihre Beteiligung an den Aktionen des Kuratoriums gegen die Notstandsgesetze ist hierfür ein Symptom. -sk

**Zum Thema:**

## **Betriebsrätewahl 1968**

Im Frühjahr des kommenden Jahres werden in den Betrieben der Bundesrepublik die Betriebsräte neu gewählt. Das ist zwar ein Vorgang, der den Belegschaften geläufig ist, aber im Zeichen der sich verschärfenden sozialen Spannungen nach Bildung der Großen Koalition gewinnt die Betriebsrätewahl wachsende Bedeutung. Die den Belegschaften aufzuzugewinnenden Abwehrkämpfe gegen willkürliche Lohnkürzungen und den Abbau betrieblicher sozialer Leistungen wie auch die an Härte zunehmenden Lohnbewegungen und nicht zuletzt die Notstandsvorbereitungen in den Betrieben erfordern ein Höchstmaß von Verantwortungsbewußtsein bei der Auswahl der Kandidaten und der Vorbereitung der Wahl.

In den vergangenen Monaten sind die Betriebsratsmitglieder in zahlreichen Betrieben vor härte Aufgaben gestellt worden. Nur in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten haben sie sich, gestützt auf das Vertrauen der Belegschaften, erfolgreich gegen den Abbau des sozialen Besitzstandes der Arbeitnehmer gewehrt. Die Auseinandersetzungen bei Hanomag-Hannover, AEG-Mühlheim, Conti-Hannover, Daimler-Benz AG, um nur einige zu nennen, sind Beispiele dafür, daß konsequent handelnde Betriebsratsmitglieder und selbstbewußt auftretende gewerkschaftliche Vertrauensleute, gemeinsam mit den Belegschaften mit Erfolg jeden Versuch der Unternehmer verhindern konnten, zwischen Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft einen Keil zu treiben. In dem sozialen Abwehrkampf hatten die Unternehmer keine Chance.

Wenn Klarheit in der Belegschaft über die betrieblichen und gewerkschaftlichen Aufgaben besteht und darüber, auf welchem Weg die Interessen der Arbeitnehmer des Betriebes wahrgenommen werden müssen, wird es nicht schwer sein, die richtige Auswahl der Kandidaten für die Betriebsrätewahlen zu treffen. In den Betriebsräten gehören aktive Gewerkschafter und konsequente Notstandsgegner, die sich in der Praxis des gewerkschaftlichen Kampfes und der betrieblichen Auseinandersetzungen bewährt haben. Sie bieten dann auch die Gewähr dafür, daß ein gewerkschaftliches Arbeitsprogramm, ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Belegschaft des jeweiligen Betriebes, die Richtschnur und Aufgabe ihres Handelns sein wird.

Als wesentliche Problematik kommt noch hinzu, daß in dem gewerkschaftlichen Kampf um mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmer die Betriebsräte und Vertrauensleute von den menschlichen und fachlichen Qualitäten her eine immer bedeutendere Rolle spielen werden.

-eg-

ten einzuschränken, vielmehr kommt darin gleichzeitig eine tiefgreifende Kritik des sozialdemokratischen Arbeiterflügels an der Politik der Großen Koalition zum Ausdruck.

In gleicher kritischer Weise äußerte sich vor einigen Tagen der ÖTV-Vorsitzende von Dortmund, Erich Rüttel, Mitglied des Hauptvorstandes der ÖTV, in der „Westfälischen Rundschau“ in einem Beitrag unter der Schlagzeile: „Gewerkschaften nicht an Parteilinie binden.“ Darin heißt es u. a.: „Der ‚starke Mann‘ (gemeint ist Wehner — d. V.) hat es für richtig gehalten, die Gewerkschaften politisch zu schürzeln und ihnen empfohlen, mehr als bisher die Politik der regierenden SPD zu unterstützen.“ Das sei nur möglich, wenn die Benachteiligung der Arbeitnehmer in der neuen Regierung unter Beteiligung der SPD unterbleibe.

Rüttel fragt sodann, ob Wehner eigentlich wisse, wieviel Zivilcourage leidende Gewerkschafter heute aufbringen müßten, wenn sie den Mitgliedern Sinn, aber auch die Grenzen der heute von ihnen verlangten Opfer deutlich machen wollen. Der ÖTV-Gewerkschafter äußert die Besorgnis, Wehner sei mit seiner Attacke — „sicherlich

# Stuttgart kein Modell für Metall

## Die Lohnsicherung muß verbindlich fixiert werden Unternehmer und Minister blockieren IG Metall

Als „wichtigen Schritt auf dem Wege“ bezeichnet der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner in „Metall“ vom 31. Oktober 1967 das Verhandlungsergebnis im Tarifkonflikt der baden-württembergischen Metallindustrie. Das dürfte zugleich die zutreffende Charakterisierung für alle regionalen Ergebnisse in der diesjährigen Auseinandersetzung um neue Tarifverträge in der Metallindustrie der Bundesrepublik sein. Mit dem Begriff „Erfolg“ wird man in diesem Zusammenhang sehr vorsichtig umgehen müssen.

Bis Anfang November lagen entsprechende Übereinkommen nur in Nordbaden-Nordwürttemberg und in Hamburg vor. In Hamburg wurde durch Schlichtung der Tarifecklohn, unter voller Anrechenbarkeit der übertariflichen Zulagen, um 15 Pfennig angehoben. Diese Vereinbarung wirkt nicht kostensteigernd für die Unternehmer, da in der Regel auch jetzt noch die Effektivlöhne über den neuen Tarifsätzen liegen. In Hessen hatte die IG Metall, in dem Bestreben, möglichst viel vom übertariflichen Niveau abzusichern, die Anhebung der Ecklöhne von 3,49 auf 3,90 DM und die Vereinbarung einer 15prozentigen übertariflichen Leistungszulage gefordert. Da die Unternehmer die Schlichtungsstelle verlassen haben, beantragte die IG Metall die Urabstimmung. Die erzielten Ergebnisse stellen also wirklich nur Schritte auf dem Wege zu einer vollen Sicherung des sozialen Besitzstandes der Metallarbeitnehmer dar; viele Schritte sind noch ungetan.

In welcher Situation und gegen welche Widernisse die IG Metall und die 3,5 Millionen von ihr betreuten Arbeitnehmer in diesen Wochen und Monaten den Kampf um die Einkommenssicherung führen, wird am besten an den gerade beendeten Auseinandersetzungen in Baden-Württemberg deutlich:

War es in der Vergangenheit die Hochkonjunktur, die durch gewerkschaftliche Forderungen angeblich immer wieder „gefährdet“ wurde, so erlaubte bekanntlich zu Beginn der Tarifbewegung in der Metallindustrie die Stagnation keine „neuen Kostenbelastungen“ (von denen seitens der IG Metall übrigens nicht die Rede war); nunmehr, besonders während der Stuttgarter Verhandlungen, erblickten die Metallindustriellen in dem gewerkschaftlichen Verlangen nach Sicherung des bestehenden Lohnniveaus wochenlang eine Gefährdung des „zarten Pflänzchens einer neu beginnenden Konjunktur“. Der Kreis schließt sich also: In jeder Phase — Aufschwung, Hochkonjunktur, Stagnation — setzen die Gewerkschaften mit der Forderung nach dem Anteil für die Arbeitnehmer und nicht die Unternehmer mit ihren egoistischen Betriebsentscheidungen und ihrer Gewinnsucht die Wirtschaftsentwicklung aufs Spiel. In der Praktizierung dieser These begannen die Metallindustriellen im Ta-

rifgebiet Nordbaden-Nordwürttemberg, mit Unterstützung von „Gesamtmetall“ und unter Zuhilfenahme von Wirtschaftsminister Professor Schiller die wunderlichsten Blüten zu treiben. Von der Forderung nach einer „Lohnpause“, der Null-Prozent-Taktik, geplatzten Schlichtungsverhandlungen bis zur Drohung mit der Aussperrung im Streikfalle und der Einschaltung des Bonner Wirtschaftsministers, trotz Tarifautonomie, blieb der IG Metall nichts erspart. Und all dieser Aufwand, obwohl die Gewerkschaft keinen Pfennig mehr, sondern nur die Sicherung der bestehenden Lohnhöhe durch Anhebung der Tariflöhne verlangte!

Nachdem den Metallarbeitern der Geduldsfaden gerissen war und sie sich, nach zahlreichen Warnstreiks, mit 87,34 Prozent für einen allgemeinen Streik entschieden hatten, kam schließlich Wirtschaftsminister Schiller den Unternehmern zu Hilfe und machte damit den politischen Gehalt dieses Konfliktes sichtbar. Für Schiller und die sozialdemokratische Parteiführung war die Streikdrohung in Nordbaden-Nordwürttemberg mehr als nur ein Arbeitskampf. Sehr richtig erfaßte man, daß sich hier aufgestaute Unzufriedenheit mit der Praxis der Großen Koalitionsregierung, die Folgen von Rüstung und Fehlwirtschaft auf die Arbeitnehmer abzuwälzen, Luft zu machen begann. Kraft seiner staatlichen Autorität als Wirtschaftsminister, dem man wohl schlecht die kalte Schulter zeigen konnte, ohne einen Riesenskandal zu verursachen und sich den „Schwarzen Peter“ einzuhandeln, zwang Schiller die IG Metall in Bonn an den Tisch zu gemeinsamen Verhandlungen mit ihm und „Gesamtmetall“.

Auf der Basis der dort erarbeiteten Empfehlungen wurde später in Stuttgart in regionalen Gesprächen jenes Übereinkommen getroffen, das in zwei wesentlichen Punkten folgende Feststellungen enthält:

1. „Die Tarifparteien anerkennen, daß in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation eine negative Lohnpolitik (Abbau der übertariflichen Leistungen, d. V.) den sich andeutenden wirtschaftlichen Aufschwung verhindert und damit den Interessen aller Beteiligten widersprechen würde. Sie fordern deshalb gemeinsam die Betriebe auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um das

bisherige Niveau der Arbeitsentkommen — Löhne und Sozialleistungen — zu sichern.“

2. „Sollten dennoch einzelne Betriebe wegen ihrer Ertragslage und um Entlassungen zu vermeiden, gezwungen sein, bisherige übertarifliche Leistungen zu vermindern, so hat das im Benehmen mit dem Betriebsrat zu geschehen.“ Diese Regelung gilt bis zum Wirksamwerden des Lohnrahmen-tarifvertrages am 1. August 1968.

Der alte Lohnvertrag wurde wieder in Kraft gesetzt und bis zum 31. März 1968 verlängert. Die weiteren Vereinbarungen betreffen den Lohnrahmenvertrag, der zu Beginn in der Auseinandersetzung keine Rolle gespielt hatte und später praktisch als Ersatz für die festgefahrenen Lohnsicherungsverhandlungen erst hineingenommen wurde.

Betrachtet man das Stuttgarter Abkommen kritisch, so muß festgestellt werden, daß zwar das alte Verlangen der Unternehmer, den Lohnvertrag um neun Monate bis März 1968 zu verlängern, erfüllt wurde, aber keine konkreten Abmachungen über die Sicherung der Effektivverdienste, weshalb die Gewerkschaft im Sommer in den Tarifkampf gezogen war, getroffen worden sind. Außer der unter Schillers Assistenz formulierten unverbindlichen Deklamation über das Ausschöpfen aller Möglichkeiten zur Sicherung des bisherigen Einkommensniveaus der Arbeitnehmer, gibt es in dieser Richtung keine klaren Festlegungen. Vielmehr läßt ein Hintertürchen ausdrücklich den Abbau übertariflicher Leistungen weiter zu, allerdings „im Benehmen“ mit dem Betriebsrat.

Die Unternehmer haben anschließend diesen Passus so präzisiert, „daß der Betriebsrat über die vorgesehenen Maßnahmen rechtzeitig unter Darlegung der Gründe zu unterrichten ist und daß anschließend die beiderseitigen Standpunkte beraten werden.“ Von einer echten Mitbestimmung in dieser Frage und von der Einsichtnahme in Unterlagen, um die Stichhaltigkeit der dargelegten „Gründe“ zu prüfen, ist nicht die Rede. Zweifelloso ist die Unternehmenseite auch nicht ernsthaft an dem Stopp des Lohn- und Gehaltsabbaus interessiert, sonst hätte sie einer Anhebung der Tariflöhne mit genauen Zahlenangaben zugestimmt.

Offensichtlich hat die IG Metall mit dem „Pfund“, das sie in Form der Streikbereitschaft der Arbeitnehmer besaß, nicht genügend zu wuchern gewußt. Darum ist das Stuttgarter Ergebnis kein Modellfall für die übrigen Tarifgebiete, in denen die Verträge noch nicht unter Dach und Fach sind. Die Einkommen müssen auf Heller und Pfennig gesichert werden. Auf diesem Wege sind noch viele energische Schritte zu tun, nicht nur gegen den Widerstand der Industriellen, sondern auch gegen den ihres Interessenvertreters Prof. Schiller. K. Kilian

## Zweites „Weißbuch zur Unternehmermoral“ räumt mit Traum von Sozialpartnerschaft auf

Eine neue „Sammlung von Beispielen skandalösen Arbeitgeberverhaltens“ hat die IG Metall Mitte Oktober 1967 veröffentlicht. Das erste Weißbuch zur Unternehmermoral war nur vier Monate früher, im Juni, erschienen. In dem neuen Weißbuch werden 119 Firmen wegen des Abbaus übertariflicher Verdienste und Sozialleistungen und wegen anderer Willkürakte gegenüber den Arbeitnehmern namentlich genannt. Das Weißbuch ist, ohne daß dieses Problem so deutlich angesprochen wird, eine eindrucksvolle Dokumentation über den Klassenkampf von oben, wie er gegenwärtig in den Betrieben der Bundesrepublik praktiziert wird.

Nach Erhebungen der IG Metall, die jedoch kein vollständiges Bild, sondern nur Mindestzahlen lieferten, wurden von Kürzungen des Lohnes, der Akkordverdienste und von Abstufungen in der Zeit von Januar bis August 1967 wenigstens 445 392 Arbeitnehmer in 1094 Betrieben der Metallindustrie betroffen. Das sind 11,1 Prozent der in diesem Bereich Beschäftigten. Nach späteren Erhebungen der IG Metall, die im Weißbuch nicht mehr berücksichtigt werden konnten, wurden im September in mindestens 28 weiteren Betrieben die Lohn- und Gehaltssätze von 9698 Beschäftigten um durchschnittlich 4,7 Prozent gekürzt. Damit erhöhen sich die im Weißbuch genannten Zahlen auf 1122 Betriebe und 455 090 Beschäftigte, die seit Jahresbeginn von Einkommensminderungen betroffen wurden.

Die erlittenen Einkommensverluste sind beträchtlich. Häufig gehen die Kürzungen bis zu 15 Prozent, mitunter sogar bis zu 20 und 30 Prozent. Nachweislich wurden wenigstens 389 000 Arbeitern und Angestellten die übertariflichen Zulagen gekürzt. Rund die Hälfte dieser Arbeitnehmer erhielt die Anfang 1967 erfolgten Tarifierhöhungen von 1,9 bzw. 2 Prozent nicht ausbezahlt. Betroffen sind u. a. 66 Großbetriebe, die vorwiegend der Elektroindustrie und dem Maschinenbau angehören.

Von den Kürzungen sind besonders die Arbeiter betroffen, deren Akkorde zunächst überprüft und dann gekürzt wurden. Ihr Einkommensverlust betrug im Durchschnitt 5,8 Prozent. Vielfach wurden die Verdienste um 10, ja sogar 15 Prozent vermindert. Dabei sind in der Regel die zahlreichen Fälle nicht mitgezählt, in denen der Verdienstausfall durch erhöhtes Arbeits-tempo wettgemacht werden konnte.

Entlassungen, Kurzarbeit, Kürzungen von Lohn und Gehalt und Abbau sozialer Leistungen, so wird in dem Weißbuch festgestellt, wirkten wie ein Bumerang auf die Wirtschaft zurück. Die Unternehmerraffung, übertarifliche Leistungen und Zulagen seien der gegebene Spielraum für Kosteneinsparungen, müsse mit aller Schärfe verurteilt werden. Diese Haltung sei sozial verwerflich, weil sie das „Un-

ternehmerrisiko“ auf die Arbeitnehmer abwälze; sie sei von Schaden für die Gesamtwirtschaft, weil sie den Aufschwung hemme.

Von Ende August 1966 bis Ende Juni 1967 habe sich die Beschäftigtenzahl der Metallindustrie um rund 330 000 oder 7,6 Prozent verringert, heißt es weiter im Weißbuch. Betroffen seien in erster Linie Arbeiter (Rückgang um 308 000 oder 9,4 Prozent). Der Rückgang der Beschäftigtenzahl habe die Zweige der Metallindustrie in unterschiedlichem Ausmaß getroffen. Von Juni 1966 bis Juni 1967 hätten die Beschäftigten am stärksten in EST-Gießereien (um 14,4 Prozent), am schwächsten im Schiffbau (um 2,2 Prozent), im Durchschnitt der Metallindustrie um 7,8 Prozent abgenommen.

Bei der Übergabe des Weißbuches an die Öffentlichkeit erklärte der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner vor der Presse, daß die vielbeschworene Sozialpartnerschaft „im kalten Wind der Wirtschaftsflaute“ rasch zugrunde gegangen sei. Die Unternehmer seien über einen engen Betriebssegoismus nicht hinausgekommen. Aus ihrer Perspektive seien übertarifliche Verdienstbestandteile und soziale Leistungen nur eine Manövriermasse oder ein Konjunkturpuffer.

Nach Brenners Worten stehen gegenwärtig im Vordergrund der gewerkschaftlichen Zielsetzung solche Forderungen wie Sicherung der Arbeitsplätze; Schutz der Arbeitnehmer bei Rationalisierung, Automation und strukturellen Veränderungen; erweiterter Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer; Aufstellung betrieblicher und überbetrieblicher Sozialpläne, um die notwendigen Anpassungsmaßnahmen zu treffen; Sicherung des Mitbestimmungsrechtes; Erhöhung der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung und Vorziehung des Altersruhegeldes.

Die Wirtschaftsflaute und die unsozialen Praktiken der Unternehmerschaft hätten die Gewerkschaft zu dieser Umorientierung gezwungen. Die IG Metall werde nicht nachlassen, die Arbeitnehmerinteressen zu vertreten und das skandalöse Verhalten der Arbeitgeber publik zu machen. -rt

Wer sich heute der Fünf-Tage-Woche, der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle für Arbeiter und eines zusätzlichen Urlaubsgeldes als bedeutende soziale Errungenschaften der Nachkriegsperiode erfreuen darf, hat möglicherweise die wegbereitende Rolle der IG Metall dabei schon vergessen. Erinnern wir uns nur an den 114 Tage dauernden Streik der Metallarbeiter Schleswig-Holsteins, die damit 1956 den Lohnausgleich im Krankheitsfalle durchsetzten.

Der Mann, der seit nunmehr 15 Jahren an der Spitze der IG Metall steht und der gewerkschaftlichen Sozialpolitik in der Bundesrepublik in wesentlichen Bereichen und Strecken das Gepräge gab, Otto Brenner, wurde am 8. November 60 Jahre alt.

Wer mit ihm zu tun hat, bescheinigt ihm einen ungewöhnlichen Arbeitsfleiß, Korrektheit und Lauterkeit des Charakters. So ist denn auch sein

Gerd Siebert:

## MITBESTIMMUNG DRÜBEN

118 Seiten, 12 Bildseiten, DM 4,20.

Bezugsnachweis: Gerd Siebert,  
205 Hamburg 80, Harnacking 31.

Weg in der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung geradlinig: Mit 13 Jahren wird er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, ein Jahr später des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Bald geht Brenner in die SPD, aber schon als 23jähriger, 1930, trennt er sich von ihr, weil er den Panzerkreuzerbau und den ganzen Kurs nicht richtig findet. Mit Freunden gründet er die linksorientierte Sozialistische Arbeiterpartei, um besser den Widerstand gegen die nach der Macht greifenden Faschisten führen zu können.

1933 ist Otto Brenner einer der ersten, die verhaftet werden. Zwei Jahre verbringt er in Gestapohaft und steht mehrere Jahre unter Polizeiaufsicht. Als Zeitungsbote und Bauhilfsarbeiter schlägt er sich durch.

Gleich nach 1945 ist er beim Neuaufbau einer Einheitsgewerkschaft dabei. In Hannover ist er Geschäftsführer der IG Metall. Dem niedersächsischen Landtag gehört er als SPD-Abgeordneter an. 1952 wird er mit Hans Brümmer gleichberechtigter und 1956 Erster Vorsitzender der IG Metall für die Bundesrepublik. Seit Jahren ist er auch Präsident des Internationalen Metallarbeiterbundes im IBFG.

Zum 60. Geburtstag wünschen wir Otto Brenner alles Gute und viele weitere Jahre Energie und Schaffenskraft im Interesse aller Gewerkschafter und Arbeitnehmer. HGS

## Bund will Lohnpause mit Verzögerungstaktik durchsetzen Protestkundgebungen, Ultimatum und Kampfmaßnahmen

Die 1,6 Millionen Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes und die 200 000 bei der Bundesbahn fühlen sich durch die staatlichen Arbeitgeber genarrt. Zum drittenmal seit dem Sommer sind Mitte Oktober die Tarifgespräche zwischen den Gewerkschaften ÖTV und DAG auf der einen und dem Bund, den Ländern und Gemeinden auf der anderen Seite ergebnislos verlaufen. Die staatlichen Vertreter unterbreiteten wiederum kein Angebot. Die DGB-Gewerkschaften Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands sowie die Deutsche Angestelltengewerkschaft haben den Arbeitgebern nunmehr das Ultimatum gestellt, bis zum 17. November ein konkretes Angebot auf die Forderungen der Gewerkschaften zu machen; andernfalls betrachten sie die Verhandlungen als gescheitert und die Friedenspflicht für beendet.

Die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst und bei der Bundesbahn fordern eine Aufbesserung ihrer Bezüge um 15 Pfennig (4,77 Prozent) bei den Löhnen und um 4,5 Prozent bei den Gehältern. Sie erwarten ferner die Festlegung eines Stufenplans zur Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche. Die DAG fordert eine Erhöhung der Angestelltengehälter um 5 Prozent.

Im Juli, während der ersten Zusammenkunft der Tarifparteien, hatten die Vertreter der Arbeitgeberseite unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Finanzlage sich außerstande erklärt, ein Angebot vorzulegen und um Vertagung der Gespräche auf September gebeten. Aber am 22. September operierten sie in der gleichen Weise, und es wurde eine neue Zusammenkunft für den 18. Oktober angesetzt mit der Zusage an die Gewerkschaften, bei diesem dritten Treffen eigene Verhandlungsvorschläge auf den Tisch zu legen. Nachdem diese Zusage nicht eingehalten wurde, ist offensichtlich geworden, daß Bund, Länder und Gemeinden mit billigen Schuldnertricks versuchen wollen, die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben, um auf diese Weise die anfangs verlangte Lohnpause für 1967 doch noch durchzusetzen.

Der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker hat das Verhalten des staatlichen Arbeitgebers als einen „Rückfall in die Barbarei Brüningscher Notverordnungen“ bezeichnet und Kampfmaßnahmen für den Fall angekündigt, daß die Arbeitgeber keine ernsthaften Verhandlungsvorschläge unterbreiten. Um der Entschlossenheit der Gewerkschaft Ausdruck zu verleihen und die Arbeiter und Angestellten auf mögliche harte Auseinandersetzungen vorzubereiten,

hat die ÖTV-Gewerkschaft eine Serie von elf Kundgebungen angesetzt, die in der Zeit vom 6. bis 16. November durchgeführt werden sollen. Auf diesen Kundgebungen soll den verantwortlichen Politikern der Ernst der Lage klargemacht und der Öffentlichkeit der Standpunkt der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst erläutert werden.

K. K.

## Beamte über Kürzung des Weihnachtsgeldes empört

Die Beamenschaft Baden-Württembergs ist über den Beschluß der Landesregierung empört, allen Beamten vom Inspektor aufwärts die Weihnachtsgeldkürzung auf 60 DM zusammenzustreichen. Die Staatskasse will auf diese Weise 45 Millionen DM einsparen. Auf einer Protestkundgebung in Stuttgart machten die Beamten ihrem Unmut Luft. Die Weihnachtsgeldkürzung komme einer Gehaltsenkung um 3 Prozent gleich.

Zwei höhere Beamte haben beim Verwaltungsgericht in Stuttgart eine Musterklage eingereicht. Da sie aber nicht mehr vor Weihnachten entschieden werden kann, hat der Beamtenebund zusätzlich ein Normenkontrollverfahren beim Landesverwaltungsgericht gegen die Landesregierung eingereicht mit dem gleichzeitigen Antrag auf eine einstweilige Anordnung.

## Warnstreiks in der Gummi-Industrie

In der niedersächsischen und hessischen Gummi-Industrie standen zu Beginn dieses Monats die Zeichen auf Sturm. Nachdem seit Juli mehrere Tarifverhandlungen über die Sicherung der Einkommen und Arbeitsplätze und alle Schlichtungsversuche ergebnislos geblieben sind, ist die Geduld der Gummi-Arbeiter am Ende. Eine Urabstimmung in Niedersachsen und Warnstreiks in niedersächsischen und hessischen Betrieben kennzeichnen die Situation.

In einer ersten Urabstimmungswelle in Betrieben der Gummi-Industrie in Hannover, Hameln und Hannoversch-Münden entschieden sich rund 17 000 gewerkschaftliche Arbeitnehmer zu 97,5 Prozent für einen Streik zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen. In einem Hannoverschen Betrieb fand bereits ein Warnstreik statt, als bekannt wurde, daß die Unternehmensleitung neue Kürzungen der übertariflichen Leistungen beabsichtigt.

Als durchsichtige Propaganda hat sich die angeblich im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Kürzung der Rüstungsausgaben erklärt (siehe „Spiegelfechterei um Rüstungskosten“, NA 10/1967). Wie der Kollege Günter Pehl in dem Funktionsnährorgan des DGB, „Quelle“, 9/1967 nachgewiesen hat, beruhten die überhöhten Ausgabeforderungen des Bundesverteidigungsministeriums für die Jahre 1968 bis 1971, die das Kabinett nicht bestätigt hat, auf eine fünf Jahre alte längst überholte Planung der NATO, die damals unter dem Eindruck der Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR erfolgte. Danach sollte die Truppenstärke der Bundeswehr (jetzt 456 000) auf 508 000 Soldaten erhöht werden.

Die 9,4 Mrd. DM, die im Finanzplanungsgesetz als „Kürzung“ im Verteidigungsetat ausgewiesen werden, sind also auch insoweit keine echte Einschränkung des Rüstungshaushaltes und damit der Gesamtausgaben des Bundes. Damit aber verringern sich die tatsächlich geplanten Ausgabekürzungen für die Jahre 1968 bis 1971 auf 20,4 Milliarden DM. Davon entfallen rund 12 Milliarden DM — also 60 Prozent — auf Sozialausgaben!

In Bremen führte die SPD den Wahlkampf unter der Losung „sozial gewählt — sozial regiert“. Es sei hier dahingestellt, wie weit diese Losung im Lande Bremen Gültigkeit hat, für die SPD-Minister in Bonn gilt sie offensichtlich nicht.

-pp-

In den Gummiwerken Fulda (Hessen) kam es Ende Oktober zu einer ganzen Serie von Warnstreiks, nachdem bekannt geworden war, daß die Firmenleitung einen weiteren Abbau von Akkordverdiensten eingeleitet hatte. Erst nachdem die unveränderte Zahlung der Durchschnitts-Akkordverdienste zugesichert worden war, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Kürzung der Akkordverdienste in den Fuldaer Gummiwerken betrug bei den Reifenbauern innerhalb der letzten 18 Monate 20 Prozent und mehr.

Zu dem Ergebnis der Urabstimmung in Niedersachsen erklärte der dortige Bezirksleiter der IG Chemie-Papier-Keramik, Benno Adams: „Das überzeugende Abstimmungsergebnis und die Höhe der Beteiligung zeigen eindeutig, daß die Arbeiter und Angestellten keinen weiteren Abbau ihrer Einkommen zulassen wollen.“ Wenn die Arbeitgeber einen Streik vermeiden wollten, müßten sie sehr bald mit akzeptablen Vorschlägen kommen. -an

## Mehr Mitspracherecht bei der Arbeitsplatzgestaltung Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil — Bekleidung

In Nürnberg treffen sich am 23. und 24. November 1967 die Delegierten der Gewerkschaft Textil-Bekleidung zu ihrer 4. Zentralen Frauenkonferenz. Im Betreuungsbereich dieser Gewerkschaft überwiegt die Zahl der Frauen, und es ist verständlich, daß sie sich in besonderem Maße mit der Situation der erwerbstätigen Frauen beschäftigen.

Es war die Gewerkschaft Textil-Bekleidung, die lange vor der Veröffentlichung der Frauen-Enquête der Bundesregierung eigene Untersuchungen über die Lage der Frauen der Textil- und Bekleidungsindustrie durchführte, und die Ergebnisse ließen die Öffentlichkeit aufhorchen. Diese Untersuchungen bewiesen erneut, daß man bei uns von der Gleichstellung der Frau in Wirtschaft und Gesellschaft noch weit entfernt ist und die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, wirksamerem Gesundheitsschutz, besserer Berufsausbildung und Hilfen für die erwerbstätigen Mütter einer dringenden und zufriedenstellenden Lösung bedürfen.

Auf den im Frühjahr 1967 durchgeführten Bezirksfrauenkonferenzen der Gewerkschaft Textil-Bekleidung ergaben die Beratungen: Es geht nicht ohne die Berufsarbeit der Frau; ihre doppelte und dreifache Belastung schafft ständig Konflikte; ohne ausreichende Vorbildung besteht wenig Interesse an der Berufsarbeit; Frauen sind die Benachteiligten unserer Bildungspolitik. Wer in der Bildung planmäßig dumm gehalten und im Berufsleben unterdrückt wird, ist auch als Bürger eines demokratischen Staates ein Versager.

Die Frauenkonferenzen verlangten darum von den Organen des Staates, den berufstätigen Frauen ihre schwierige Aufgabe zu erleichtern, u. a. mehr Kindergärten und vor allem Ganztagschulen zu schaffen. Der Mutterschutz müsse verbessert werden. Die Mädchen sollten angehalten werden, einen Beruf zu erlernen. Durch intensive Aufklärung gelte es, mehr Frauen für die aktive Mitarbeit in der Gewerkschaft zu gewinnen. Die Frauen fordern bessere Bildungsmöglichkeiten und die Anerkennung ihrer Leistungen.

Im politischen Bereich lehnen sie jeglichen Pflichtdienst für Mädchen, jegliche Dienstverpflichtung für Frauen ab. Sie wenden sich gegen die Notstandsgesetzgebung und erwarten deren Ablehnung und Bekämpfung auch von ihrem Hauptvorstand sowie mehr Aufklärung über die Auswirkungen derart undemokratischer Gesetze. Mit den gleichen Problemen, die auf den Bezirkskonferenzen der Textil- und Bekleidungsarbeiterinnen eine Rolle spielten, wird sich auch die Frauenkonferenz in Nürnberg beschäftigen müssen.

Viel Aufmerksamkeit widmet die Gewerkschaft Textil-Bekleidung dem Problem der Gestaltung von Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen für die Frauen. Hier sind besonders die Betriebsräte angesprochen. Als brauchbare Hilfe für die praktische Arbeit hat die Abteilung Frauen beim Hauptvorstand eine Arbeitsmappe zusammengestellt. Aus darin angeführten Stellungnahmen von Ärzten resultiert die Forderung nach Veränderung und Anpassung der Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen entsprechend der Konstitution der Frauen.

Mit Recht werden die Betriebsräte aufgefordert, darüber zu wachen, daß die gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen zum Schutz und zur Sicherheit der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz eingehalten und erfüllt werden. Die Forderung nach mehr Rechten und nach Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes geht hier vom Arbeitsplatz aus.

## IG Chemie: Hohe Streikunterstützung

### Bemerkenswerte Satzungsänderungen beschlossen

Am 30. und 31. Oktober 1967 fand in Hannover als „nicht öffentlicher Arbeitstag“ ein außerordentlicher Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik statt. Die 336 Delegierten von rund 530 000 Mitgliedern beschlossen eine Neuordnung des Beitrags- und Unterstützungswesens „auf lange Sicht“, wie von der Gewerkschaft dazu erklärt wurde.

Zahlreiche Anträge zu diesem Fragenkomplex lagen bereits dem 7. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik im September 1966 in Dortmund vor. Nach ausführlicher Diskussion der vom Hauptvorstand vorgelegten Ausarbeitungen und Anträge sowie zahlreicher Initiativanträge von Delegierten, entschied sich der außerordentliche Gewerkschaftstag u. a. für folgende wichtige Satzungsänderungen:

■ Eine neue Staffelung der Mitgliedsbeiträge wird die bisherige Satzungsbestimmung ablösen, nach der die Beitragshöhe 2 Prozent des tariflichen Monatseinkommens betrug. Die neuen Beiträge betragen durchschnittlich 1,2 Prozent des Monatseinkommens.

### DGB-Delegation will Tschechoslowakei besuchen

Eine tschechoslowakische Gewerkschaftsabordnung des „Gewerkschaftsverbandes der Beschäftigten der Chemie-Industrie“, die vom 9. bis 20. Oktober in der Bundesrepublik weilte, übergab dem DGB-Bundesvorstand im Namen des Zentralrates der tschechoslowakischen Gewerkschaften eine Einladung zu einem Informationsbesuch in der CSSR. Der DGB-Bundesvorstand hat die Einladung angenommen; ein Termin wird noch festgelegt.

Die CSSR-Gewerkschafter weilten unter der Leitung des Vorsitzenden der tschechoslowakischen Chemie-Gewerkschaft, Jaroslav Sedivy, auf Einladung der IG Chemie-Papier-Keramik zu einem Gegenbesuch in der Bundesrepublik. Die Gäste besichtigten gewerkschaftliche Unternehmen und Einrichtungen, Großbetriebe der Privatwirtschaft und diskutierten mit Betriebsratsmitgliedern und Vertrauensleuten.

Eine stärkere Zusammenarbeit mit den Betriebsräten, die Übernahme einer Betriebsratsfunktion und die aktive Mitarbeit in den Gewerkschaften liegen für die Frauen im eigenen Interesse. I. Sy.

■ Anstelle der bisherigen „Altershilfe“ und „Notlageunterstützung im Krankheitsfall“ tritt ein einmalig zu zahlendes „Treuegeld“. Dieses wird nach einer mindestens 25jährigen Mitgliedschaft gezahlt, wenn das 65. Lebensjahr erreicht wurde, bei vorgezogenem Altersruhegeld oder vorzeitiger Erwerbsunfähigkeitsrente. Die bisherigen Empfänger von „Altershilfe“ erhalten eine einmalige Abfindung in Höhe des Treuegeldes, wobei die schon geleisteten Zahlungen abgezogen werden.

■ Die Streik- und Gemaßregeltenunterstützung wurde um mehr als 40 Prozent erhöht. Ein in der IG Chemie-Papier-Keramik organisierter Arbeitnehmer, der z. B. im Monat 801 DM verdient und den dafür zu entrichtenden Gewerkschaftsbeitrag von 10 DM gezahlt hat sowie drei Jahre Mitglied ist, erhält ab sofort 680 DM monatlich Streik- bzw. Gemaßregeltenunterstützung. Dazu kommen für Ehegatten bzw. Kinder ohne eigenes Einkommen noch 10 bzw. 5 DM pro Woche hinzu. pd

# Der 9. Bundeskongreß der DAG

## Das Verhältnis zwischen DAG und DGB-Gewerkschaften Gewandelte soziologische Situation des Angestellten

Der 9. Bundeskongreß der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) Mitte Oktober in West-Berlin begann mit einem Paukenschlag: Kurz vor der Eröffnung des Kongresses hatte der bisherige DAG-Vorsitzende, Rolf Spaethen, in einer Sondersitzung des Gewerkschaftsrates seiner Gewerkschaft aus persönlichen, wie es heißt gesundheitlichen, Gründen auf seine Wiederwahl verzichtet. Um das Ausscheiden Rolf Spaethens hat es einige Spekulationen gegeben, und der Angestellten-Ausschuß des DGB hat dazu in einer Stellungnahme erklärt, daß es sich hier weniger um eine Personenfrage handle als vielmehr um den Ausbruch einer gewerkschaftspolitischen Krise auf Grund der Tatsache, daß „sich eine berufsständische Interessenvertretung für Angestellte in der Bundesrepublik nicht mehr bewährt“.

Eine besondere Publizität gewann der Kongreß ferner durch die Begrüßungsansprachen des Außenministers Willy Brandt (SPD), des CDU-Bundeskanzlers Kiesinger und des Arbeitsministers Katzer. Die Minister versuchten, vor den Delegierten die Politik der Großen Koalition zu rechtfertigen, und besonders Willy Brandt bemühte sich um den Beweis, daß der Wechsel der SPD von der Opposition zur Regierungspartei nicht bedeuten könnte, die Gewerkschaften hätten damit einen „natürlichen Verbündeten“ verloren. Eine Behauptung, für die Brandt allerdings keine Beweise vorbringen konnte.

Aus der Rede Kiesingers ist lediglich der Widerspruch hervorzuheben, daß er auf der einen Seite den Delegierten erklärte, die Regierung wolle die menschlichen, wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen zum „anderen Teil Deutschlands“ nach Kräften fördern, andererseits aber die Anerkennung der DDR mit gehabter Sturheit ablehnte. Mit Zweifel reagierten die Delegierten auf die Behauptung des Bundesarbeitsministers Katzer, die mittelfristige Finanzplanung enthalte „bedeutsame Ansätze für eine strukturelle Weiterentwicklung unseres sozialen Regierungssystems“.

Dem Kongreß lag ein umfangreicher Tätigkeitsbericht der DAG für die Zeit von 1963 bis 1967 vor, in dem es u. a. heißt, daß es der DAG gelungen sei, der Deutschen Gewerkschaftsbewegung starke Impulse zu geben, „vom Kampf gegen die Entflechtung über unsere Stellungnahme zur europäischen Einigung, über die Befürwortung der sozialen Marktwirtschaft als einer zeitgemäßen Wirtschaftsordnung, über die Ablehnung eines Streikes gegen das Betriebsverfassungsgesetz im Jahre 1952, über die Anerkennung des Primates des Parlamentes in Fragen der Wiederbewaffnung bis zur Haltung der DAG in der Notstandsdebatte, zieht sich, wie ein roter Faden, die geistige Vorleistung unserer Organisation.“ Zum Verhältnis der DAG zur „konzertierten Aktion Schillers“ heißt es, daß sie der schon immer geübten Praxis der DAG entspreche, die ihre Politik auf das Gemeinwohl abgestimmt habe.

Wer diese als besonders positive Haltung der DAG gepriesene Feststellung liest, kann sich über die — gewiß zu bedauernde — gewerkschaftspolitische Nebenrolle nicht wundern.

Immerhin ist aber doch erfreulich, daß gleich auf den ersten Seiten des Tätigkeitsberichtes der Beschluß des Bundesvorstandes und des Gewerkschaftsrates hervorgehoben wird, wonach die Mitgliedschaft in der neofaschistischen NPD die Ausübung einer haupt- oder ehrenamtlichen Funktion in der DAG ausschließt. Allerdings gehen in dieser Frage die dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften weiter, die auch eine Mitgliedschaft von NPD-Mitgliedern für unmöglich erklären.

Der DAG gehörten, so steht es im Bericht, am 1. 7. 1967 genau 483 805 Mitglieder an, gegenüber 497 020 im Jahre 1963. Danach konnte also die DAG in der Mitgliederwerbung keine Erfolge erzielen. 33,2 Prozent der Mitglieder sind weibliche, 40,7 Prozent der Gesamtmitgliedschaft gehören der Berufsgruppe kaufmännische Angestellte an und 13,33 Prozent der Berufsgruppe technische Angestellte und Beamte. Beklagt wird vor allem die Fluktuation unter den weiblichen Mitgliedern und bei der Berufsgruppe der Werkmeister sowie die Schwierigkeit in der Werbearbeit durch das Industriegewerkschafts-Prinzip des DGB.

Ein nicht unwichtiger Teil des Tätigkeitsberichtes behandelt die Beziehungen zu anderen Organisationen. Mit der Gewerkschaft der Polizei und dem Verband der angestellten Ärzte Deutschlands (Marburger Bund) unterhält die DAG Arbeitsgemeinschaften, während eine Reihe kleinerer Verbände der DAG kooperativ angeschlossen ist. Die jahrelangen Bemühungen der DAG um die Aufnahme in den IBFG, die bis auf das Jahr 1952 zurückgehen, sind immer noch ohne Erfolg. Die DAG führt das auf, wie es im Bericht heißt, „organisations-egoistische Motive“ des DGB zurück, der bisher gegen die Aufnahme beim IBFG ein Veto eingelegt hat. Allerdings gehört die DAG dem Internationalen Bund der Privatangestellten an, eine dem IBFG angeschlossene Berufsunterorganisation.

Verschiedenartig werden in dem Geschäftsbericht Klagen über die Auseinandersetzungen mit dem DGB und den DGB-Gewerkschaften angeführt. Diese Differenzen beruhen auf der Tatsache, daß ein größerer Teil der Angestellten in der Bundesrepublik in den DGB-Gewerkschaften organisiert ist und sich darum, so wieder der DAG-Bericht, „bedauerlicherweise“ Differenzen und Meinungsverschiedenheiten nicht vermeiden ließen. Die DAG wirft aber den DGB-Gewerkschaften vor, um Angestellte zu werben, die „eigenen satzungsgemäßen Beiträge erschreckend zu mißachten“. Das gleiche allerdings wird andererseits von den DGB-Gewerkschaften der DAG vorgeworfen.

Mit diesen Feststellungen wird ein wenig erfreuliches Problem angeschnitten, das auch in den DGB-Gewerkschaften immer wieder diskutiert wird. Dabei wäre zu überlegen, ob das zweifelhafte richtige Industriegewerkschafts-Prinzip nicht in bezug auf die Angestellten weniger dogmatisch angewendet werden sollte, um für gewisse Bereiche eine Angestellten-Gewerkschaft im DGB zuzulassen. Vor Jahren ist im Bundesvorstand des DGB schon einmal über Möglichkeiten eines Zusammenschlusses der DAG mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen gesprochen worden, ohne allerdings zu Ergebnissen zu führen. Es ist aber auch offensichtlich, daß sich die gewerkschaftspolitisch unklare Haltung der DAG zu einem Teil auch aus der Opposition zu den DGB-Gewerkschaften ergibt.

Im Mittelpunkt des Kongresses stand ein Grundsatzreferat des stellvertretenden DAG-Vorsitzenden Hans Katzbach, das sich vor allem mit Fragen der Wirtschafts-, der Sozial- und Tarifpolitik sowie der Mitbestimmung und des Miteigentums beschäftigte. Zur Frage der konzertierten Aktion erklärte der Redner, daß sich eine Verständigung über viele Fragen zwar lohne, aber die DAG sehe am runden Tisch nicht einen Ort, wo der große Kuchen verteilt würde; und die Teilnehmer an der konzertierten Aktion hätten auch nicht die Aufgabe, sich auf Lohnleitlinien festzulegen, denn dann müßte man auch über Leitlinien für Gewinne und Dividenden sprechen. Von der „sozialen Symmetrie“ verlangte Katzbach als Aufgabe eine breite Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Das Problem der Vermögensbildung werde nicht durch den Verkauf von Volksanleihen gelöst. Auf das Problem der Mitbestimmung eingehend, sagte der Redner, daß sich seit Karl Marx an der Abhängigkeit des arbeitenden Menschen von den Besitzern der Produktionsmittel noch nicht allzuviel geändert habe. Miteigentum und Mitbestimmung sollten aber dazu dienen, diese Abhängigkeit abzuschaffen.

Problematisch ist die Kritik des Redners am Betriebsverfassungsgesetz. Die Angestellten, behauptete er, würden in Fragen der Mitbestimmung un-

ter „Vormundschaft der Arbeiter“ gestellt. „Wir fordern“, so Katzbach, „nicht mehr und nicht weniger, als daß die Vertreter der Angestellten im Betriebsrat selbst darüber entscheiden, wer sie in den verschiedenen Mitbestimmungsgremien vertritt... Wir wollen die Betriebsräte nicht spalten, das ist eine dumme Propagandaparole... Wir wollen keine Sonderrechte für die Angestellten...“

Tatsächlich aber ergäbe sich aus diesen Forderungen der DAG eine besondere Stellung der Angestellten. Es müßte sich auch in der DAG herumgesprochen haben, daß mit der Zunahme der Angestelltentätigkeit in den Betrieben sich auch der Charakter dieser Tätigkeit geändert hat. Bis auf den weißen Kragen ist die soziologische Situation der Angestellten nicht anders als die des Arbeiters an der Maschine und am Schraubstock. Die Aufgaben der Betriebsräte können nur als gemeinsame Aufgaben für Arbeiter und Angestellte verstanden werden und nicht als Vormundschaft der einen Gruppe über die andere.

## Entschließungen zur DAG-Politik

Die Delegierten des DAG-Bundeskongresses verabschiedeten mehrere Grundsatzentschlüsse, darunter die „Entscheidung zur Wirtschaftspolitik“, in der sich die DAG wiederum zur sozialen Marktwirtschaft bekennt und die Auffassung vertritt, nur in ihr habe die Autonomie der Tarifpartner einen Sinn.

Stetiges Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für die Vollbeschäftigung und Erfüllung der wachsenden Gemeinschaftsaufgaben müsse durch eine konjunkturgerechte Finanz- und Währungspolitik sowie eine Strukturpolitik angestrebt werden, die den arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Zur Verhinderung wirtschaftlichen und damit auch politischen Machtmißbrauchs schlägt die DAG eine Reihe weitgehender Maßnahmen vor. Kann ein Machtmißbrauch nicht verhindert werden, so soll als letztes Mittel auch die Überführung marktbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum unter Berücksichtigung der Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes vorgenommen werden können.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft bekennt sich nach wie vor zur Tarifautonomie. Aufgabe der Tarifpolitik sei es, eine angemessene Beteiligung der Angestellten am Wirtschaftswachstum sicherzustellen und die Angestellten vor nachteiligen Auswirkungen des technischen Fortschritts zu schützen. Die Tarifpolitik der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft orientiert sich an der Entwicklung des So-

zialprodukts und der Leistungsfähigkeit einzelner Wirtschaftszweige.

In dem Schlußwort des mit 219 von 254 Stimmen neugewählten Vorsitzenden Hermann Brandt wird betont, daß mit seiner Wahl keine grundlegende Änderung in der Politik der Organisation zu erwarten sei. Als Schwerpunkte der DAG-Politik in den kommenden Jahren hob Brandt hervor: Demokratisierung der Betriebsverfassung, Sicherung der Arbeitsplätze, Beteiligung der Angestellten an der Vermögensbildung, Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht, Beibehaltung der gegliederten Sozialversicherung und gewerkschaftliche Aktivität in der Tarifpolitik.

Was aber an den Gerüchten wahr ist, die nach der Wahl des neuen Vorsitzenden von einer möglichen Annäherung der DAG an den Deutschen Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften, zumindest hinsichtlich der tariflichen Zusammenarbeit wissen wollen, wird sich in den nächsten Monaten zeigen müssen.

W. Kellner

zialprodukts und der Leistungsfähigkeit einzelner Wirtschaftszweige.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft fordert unabhängig von angemessenen Gehaltserhöhungen:

- Förderung der Vermögensbildung der Angestellten durch vermögenswirksame zusätzliche Leistungen;
- Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden an 5 Tagen in allen Bereichen der Wirtschaft und Verwaltung;
- Verlängerung des Erholungsurlaubs;
- Zahlung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes;
- Anpassungsmaßnahmen zum Schutz der Angestellten bei technischen oder organisatorischen Änderungen im Betrieb — insbesondere bei Rationalisierung, Automatisierung und Fusionierung;
- Beseitigung der Ortsklassen-Abschläge.

Tarifverträge für Angestellte sollen gesondert abgeschlossen werden und unabhängig sein von den Tarifverträgen für gewerbliche Arbeitnehmer. Die tarifvertragliche Gehaltsdifferenzierung müsse dem Grundsatz der Äquivalenz von Lohn und Leistung entsprechen. Sollen Methoden der analytischen Arbeitsbewertung Anwendung finden, so wird darüber eine tarifvertragliche Regelung für notwendig erachtet.

Zur Sozialpolitik forderte der Bundeskongress mit besonderem Nachdruck die Erhaltung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und der

Ersatzkassen. Den Bestrebungen zur Einheitsversicherung, die in erster Linie die finanziellen Mittel der Versicherungsträger der Angestellten anderer Institutionen zuführen wollen, soll energisch begegnet werden. Die Angestellten seien nicht bereit, mit ihren Beiträgen Defizite anderer Versicherungsträger oder des Bundes zu decken.

Für die Rentenversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung und Arbeitslosenversicherung wurden Forderungen beschlossen, die sowohl für die Versicherten als auch für die Rentner die soziale Sicherheit garantieren, einen Abbau der Leistungen verhindern und richtungsweisend für einen fortschrittlichen Ausbau der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland sind.

Ebenso wurde eine Entschließung zum Ausbildungsrecht verabschiedet. Darin wird unter anderem gefordert, die bestehende Rechtszersplitterung auf diesem Gebiet unverzüglich zu beseitigen und allen Jugendlichen über die Grenzen der deutschen Länder hinweg die gleiche Chance auf eine dem technisch-organisatorischen Fortschritt entsprechende Berufsausbildung zu ermöglichen. Diese umfassende Reform unseres Ausbildungsrechts müsse einer Harmonisierung der Berufsausbildung im Rahmen der EWG angepaßt sein.

Für den Bereich der beruflichen Fortbildung wird der Gesetzgeber aufgefordert, umgehend einen bezahlten Bildungsurlaub zu verankern, der jedem Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf 6 Tage pro Jahr für berufliche und politische Weiterbildungsmaßnahmen einräumt.

Im Zusammenhang mit der Ausbildungsreform fordern die Delegierten die Schaffung eines überfachlichen Instituts für berufsorientierte Bildungsforschung mit Sitz in Berlin.

Mit dem seit 15 Jahren gültigen Betriebsverfassungsgesetz beschäftigen sich zahlreiche Anträge. Von den Delegierten wurde insbesondere gefordert, daß sich nunmehr endlich der Deutsche Bundestag mit einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes befaßt.

Die Delegierten forderten den Bundesvorstand auf, die bisherige Konzeption des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts zu überprüfen. Durch die Verflechtung des internationalen Kapitals sei schon jetzt eine Situation eingetreten, die eine erweiterte wirtschaftliche Mitbestimmung erfordert. Besonders wurde der Bundesvorstand aufgefordert, in erster Linie zu prüfen, welche Folgen sich für den EWG-Raum ergeben.

Schließlich forderten die Delegierten auch ein erweitertes Mitbestimmungsrecht bei Betriebsänderungen, Einschränkungen, Stilllegungen von Betrieben sowie bei Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden.

## Stilllegung von Zechen soll koordiniert werden Der Staat als Garant für Unternehmerrgewinne?

Die Diskussionen um die beste Organisation des westdeutschen Steinkohlenbergbaus gehen nun in ihre letzte Phase. Bis zum Ende des Jahres soll das von Wirtschaftsminister Schiller dem Kabinett bereits vorgelegte „Anpassungsgesetz“ für die Kohle dem Bundestag zur Beschlußfassung vorliegen. Auch sein konzernpolitisches Gegenstück, der sogenannte Rheinstahlplan, soll darin seine Verwirklichung finden. Es lohnt sich deshalb, Hintergründe und Konsequenzen der Überlegungen, die schon Anfang nächsten Jahres zur Gründung einer Deutschen Kohlenbergbau-AG führen sollen, in der die meisten Zechen des westdeutschen Steinkohlenbergbaus zusammengeschlossen werden, etwas näher zu betrachten.

Mitte Juli dieses Jahres wurde der Plan des sogenannten Rheinstahl-Kreises — ein Diskussionsforum führender Vertreter der Montankonzerne, die sich regelmäßig in den Räumen des Rheinstahl-Konzerns treffen — von seinen Sprechern, Hermann J. Abs von der Deutschen Bank und dem Thyssen-Generaldirektor Hans-Günter Sohl, gleichzeitig in seiner Funktion als Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, der Öffentlichkeit und vor allem Wirtschaftsminister Schiller vorgelegt. Im Gegensatz zu früheren Kohlenplänen, die stets in der Forderung an den Staat gipfelten, entweder Fördergarantien bzw., was im Grunde dasselbe ist, Förderrichtlinien aufzustellen oder durch die verschiedensten gezielten Maßnahmen den Steinkohlenabsatz zu erhöhen, zumindest aber auf einem bestimmten Niveau zu stabilisieren, orientierte sich der von Abs unterbreitete Plan an der Schillerschen Idee eines „Gesundschumpfens“ des westdeutschen Steinkohlenbergbaus. Damit war ihm im Wirtschaftsministerium von vornherein eine wohlwollende Aufmerksamkeit garantiert.

Die Kernidee des neuen Planes bestand darin, daß eine Betriebsführungsgesellschaft gegründet wird, die als Aktiengesellschaft fungiert und ohne größere Schwierigkeiten ihre Aufgaben übernehmen kann. In diese Betriebsführungsgesellschaft sollen von allen Verbundunternehmen der Montanwirtschaft die reinen Bergbauvermögen — das heißt Gruben, Kokereien und Briкетfabriken — eingebracht werden. Die unmittelbar damit verbundenen und in den letzten Jahren in besonderem Maße profitbringenden Bereiche der Elektrizitäts- und Wohnungswirtschaft werden allerdings ausgeklammert. Wenn die Bergbaubetriebe an die Betriebsführungsgesellschaft auch lediglich verpachtet werden sollen, so wird dieser doch das Recht übertragen, einzig nach dem Gesichtspunkt der günstigsten Kosten-situation und ohne Rücksicht auf die Bindung an bestimmte Konzerne darüber zu entscheiden, wo stillgelegt und wo die Förderung aufrecht erhalten oder sogar erhöht werden soll.

Bisher erfolgten bekanntlich Zechenstilllegungen ausschließlich nach Konzerngesichtspunkten. So sind hochproduktive Zechen geschlossen worden, weil sie innerhalb eines Konzernverbandes die geringsten Gewinne abwarfen, während weitaus weniger produktive Zechen anderer Konzerne weiterarbeiteten. Solche Profitverluste wollen die Montanbosse in ihrer Gesamtheit in der Zukunft nicht weiter hinnehmen. In dem unterbreiteten Vorschlag heißt es weiter:

*„Das verlustlose Arbeiten der Betriebsführungsgesellschaft hat zur Voraussetzung, daß die erforderlichen Zechenstilllegungen und die verbliebene Förderung nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit erfolgen können. Wenn und soweit dabei auf besondere Wünsche der Bundes- oder Landesregierung (beispielsweise zur Erhaltung einer nationalen Kapazitätsreserve) Rücksicht genommen werden muß, sind die dadurch entstehenden Kosten von der Allgemeinheit zu übernehmen.“*

Hier wird deutlich, worauf die Bergbaukonzerne hinauswollen. Mit der Behauptung, aus sozialer, politischer oder gesamtwirtschaftlicher Verantwortung bestimmte Zechenstilllegungen vorerst noch aufgeschoben zu haben, kann praktisch jede zusätzliche Subvention aus der Staatskasse begründet werden. Und das gilt besonders für den gegenwärtigen Zeitpunkt, wo selbst die nordrhein-westfälische Landesregierung sich unter dem Druck der Bergarbeiter und der breiten Öffentlichkeit des Ruhrgebietes gegen forcierte Kapazitätsvernichtungen im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebiets wendet.

Aber damit wollen sich die Bergbaukonzerne noch keineswegs abfinden. Sie wollen nicht einmalige oder gelegentliche, sondern ständige Zahlungen. Die Betriebsführungsgesellschaft soll den Eigentümern der Bergwerke einen jährlichen Pachtzins in Höhe von 350 Millionen DM zahlen. Man glaubt, daß dieser Betrag als Gewinn erwirtschaftet werden kann, allerdings nur unter der Bedingung, daß der Staat

In einer bekannten Frankfurter Zeitung hat der Vorstandsvorsitzende der VEBA, Kemper, einige interessante Feststellungen zu dem Problem der Benzingewinnung aus Steinkohle getroffen. Sie sind ein Beispiel dafür, daß die Kohle keineswegs abgeschrieben werden muß. Die Überlegungen Kempers gehen von der Tatsache aus, daß man bei der Hydrierung von 3 Tonnen Kohle 1 Tonne = 1400 Liter Benzin gewinnen kann. Die Umwandlungskosten betragen in den Vereinigten Staaten 100 DM. Bei einem dortigen Kohlepreis von 18 bis 20 DM je Tonne stellen sich die Gewinnungskosten für eine Tonne Benzin auf rund 160 DM, das wären 11 Pfennig pro Liter Benzin.

Übertragen auf die Kostenverhältnisse in der Bundesrepublik ergeben sich nach Kemper folgende Überlegungen: Wenn man voraussetzt, daß die Umwandlungskosten in der Bundesrepublik nicht höher sind als in den USA, nämlich 100 DM, und wenn man weiter annimmt, daß die deutsche Steinkohle, die teurer ist als die Kohle in Amerika, je Tonne 55 DM kosten würde, beträgt der Gesamtaufwand für die Gewinnung einer Tonne Benzin 265 DM oder 19 Pfennig pro Liter. Die Selbstkosten je Liter Benzin aus Rohöl betragen in der Bundesrepublik nur 11 Pfennig, d. h., daß Benzin, aus Steinkohle gewonnen, um 8 Pfennig teurer wäre als Benzin aus Mineralöl.

Im Unterschied zu den USA, wo die Gesamtsteuer je Liter Benzin nur 11 Pfennig ausmacht, beträgt in der Bundesrepublik die Belastung insgesamt 37,2 Pfennig (Mineralöl- und Umsatzsteuer). Eine entsprechende Senkung der Mineralölsteuer, so folgert der VEBA-Vorstandsvorsitzende Kemper, könnte auch die Gewinnung von Benzin aus Steinkohle überlegenswert machen.

wie bisher Stilllegungsprämien zahlt, bestimmte mit der Vernichtung von Bergbaukapazitäten verbundene Kosten übernimmt und Subventionen für Kraftwerkskohle und Hochofenkoks zahlt. Um sicherzugehen, daß auch bei der Kürzung oder dem Wegfall derartiger Staatsunterstützungen die Gewinne für die Konzerne erhalten bleiben, sieht der Plan vor, daß der Bundeshaushalt den Pachtzins garantiert. Würden daher irgendwelche Staats-subventionen eingespart, müßten gleichzeitig Steuergelder freigemacht werden, um den Zechenbesitzern ihre Dividende zu sichern. Sie würden auf diese Weise Staatsrentner mit Bundesgarantie. Und die Großkapitalisten scheuen sich nicht, noch vom unternehmerischen Risiko zu sprechen.

Allerdings ist im Rheinstahl-Plan auch vorgesehen, daß der Staat für alle Zah-

# Rote Fahnen an der Ruhr

## Bergarbeiter pfeifen auf Schiller und Große Koalition Der Kampf um die Existenzsicherung wird heftiger

Was lange Resolutionen und zahllose Aufforderungen der IG Bergbau und Energie nicht erreichten, haben jetzt 20 000 empörte Bergarbeiter fertiggebracht: Der Bundeswirtschaftsminister Schiller wurde gezwungen, auf eine Bergarbeiter-Forderung zu reagieren. Er hat die Stilllegungspremie für die beabsichtigte Schließung der Zechen Hansa in Dortmund und Pluto in Wanne-Eickel, beide zum GBAG-Konzern gehörig, verweigert. Der Stilllegungsantrag der Zechenleitungen wurde daraufhin zurückgenommen. Das ist noch nicht viel, aber ein Zeichen dafür, daß der massive Protest der Bergarbeiter in Bonn nicht mehr überhört werden kann.

Bonn ist aufgeschreckt, weil am 21. Oktober mehr als 20 000 Bergarbeiter, und mit ihnen zahlreiche Bürger der betroffenen Städte, unter roten Fahnen in Dortmund-Huckarde aufmarschierten, die alten Kampflieder der Arbeiterbewegung sangen und erregt den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, sowie den IGBE-Chef Walter Ahrendt aufspießen. Gewiß wußten auch die Bergarbeiter, daß diese beiden nicht die Schuld an der Bergbaukrise tragen, aber sie protestierten gegen die mangelnde Entschlossenheit auch dieser beiden Männer, von denen sie mehr zur Lösung der Bergbaukrise zu erwarten hofften. Die Kumpel führten Losungen mit, deren Texte von der Bundesregierung gewiß nur mit Schauern zur Kenntnis genommen wurden: „Kiesinger und Schiller — die besten Zechenkiller“; „Kumpel in Not — Ruhrgebiet wird rot“ und „Wer sich läßt von Schiller locken — wird bald auf der Straße hocken.“

lungen, die er auf dieser Basis leistet, einen entsprechenden Anteil am Aktienkapital der Betriebsführungsgesellschaft erhält. Auf den ersten Blick erscheint dies bestechend. Denkt man jedoch etwas weiter, so ergibt sich, daß der Staat praktisch nur an den Verlusten beteiligt wird. Den Bergwerkskonzernen dagegen sind jährliche Gewinne in Höhe von 350 Millionen DM sicher, ganz egal, wie sich die Wirtschaftslage entwickelt, welche Wirtschaftspolitik der Staat betreibt und wie sich die Konkurrenzverhältnisse auf dem Energiemarkt entwickeln. Jedes Risiko wird auf den Steuerzahler abgewälzt, der künftig für die in den zehn Jahren der Kohlenkrise sattem bekannt gewordene Mißwirtschaft der Kohlenkonzerne permanent zur Kasse befohlen wird. Auf diese Weise können die Kohlenbarone ihr Kapital aus dem Kohlenbergbau abziehen und in lukrativeren Wirtschaftszweigen anlegen.

Offensichtlich sind die Konzernherren mit ihrem Latein am Ende. Sie brauchen den Staat zur Aufrechterhaltung ihrer Produktion, der Staat soll ihnen

Noch wenige Tage vor der Demonstration hatte der Bankier Hermann Josef Abs in Gelsenkirchen vor Pressevertretern erklärt, „der liebe Gott würde diese Anlagen (Zeche Hansa und Pluto) nicht schließen, aber er ist nicht im Spiel“. Eine billige Redensart übrigens, denn Abs wollte damit keineswegs die Bergbau-Unternehmer kritisieren. Seine Lösung der Bergbaukrise ist die gleiche wie die der Zechenherren: Auch er fordert eine Einheitsgesellschaft, um die Kohle billiger zu fördern. Daß dabei aber auch 30 Zechen stillgelegt werden sollen, dafür vergaß Herr Abs, den „lieben Gott“ ins Spiel zu bringen.

Günter Hammer, der stellvertretende Chefredakteur der „Westfälischen Rundschau“ (SPD-nahe) schrieb einen Tag später in einem Leitartikel: „Die Zeichen im Revier stehen auf Sturm... Kühn und Arendt wissen, daß diese Kundgebungen sich nicht beliebig wiederholen dürfen, wenn aus dem Revier kein Hexenkessel werden soll ...

den Absatz ihrer Produkte garantieren und nun auch noch für die künftige Absicherung ihrer Profite sorgen.

Nur das Eigentum an den Bergwerken bleibt weiter in ihrer Hand. Im Produktionsprozeß sind sie völlig überflüssig geworden, ja noch mehr, sie wurden zu einem Hemmschuh. Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes aber besagt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Es ist daher die Frage erlaubt, ob der Bundestag bei der Beratung des Schillerschen „Kohleanpassungsgesetzes“ nicht im Interesse der Verfassungswahrheit aus der grundgesetzlichen Bestimmung die entsprechenden Konsequenzen ziehen sollte. Eine empfehlenswerte Lektüre zur Vorbereitung darauf wäre zum Beispiel das am 6. August 1948 vom nordrhein-westfälischen Landtag beschlossene „Gesetz zur Sozialisierung der Kohlenwirtschaft im Lande Nordrhein-Westfalen“. Auf die heutige Zeit angewandt, kann die Forderung nicht anders lauten als Überführung des Kohlenbergbaus und der Energiewirtschaft in Gemeineigentum. L. K.

Wir gehen einem stürmischen Herbst Huckarde in Bonn nicht gehört worden ist ... Die Unternehmer des Bergbaus haben bei den Bergleuten ihren Kredit verspielt; die Hoffnung liegt einzig noch bei den Politikern; sie liegt, auch wenn ihn der Zorn am stärksten traf, bei Karl Schiller.“ Und unter Bezugnahme auf die in Huckarde vernommenen Lieder sagt Hammer abschließend: „Huckarde sollte als Signal verstanden werden. Ein Signal für Bonn: „Bonner, hört die Signale!“

Und selbst der „Industriekurier“, das Blatt der reaktionärsten Unternehmerinteressen, das sich von niemandem in antigewerkschaftlicher Propaganda übertreffen läßt, schreibt: „Die Verantwortlichen sollten sich nicht täuschen. Es ist in Huckarde nicht zum offenen Krawall gekommen. Aber das stand zweifellos mehr als einmal an diesem strahlenden Samstagmorgen auf Messersschneide. Ob es immer gelingen wird, eine derartige Protestversammlung schließlich doch noch in den Griff zu bekommen, wie es hier der Fall gewesen ist, darf zumindest sehr angezweifelt werden.“

Wirtschaftsminister Schiller hat zwar dem Druck der Bergarbeiter nachgegeben und der GBAG vorgeworfen, sie habe mit ihrem Beschluß, die Zechen Hansa und Pluto stillzulegen, Feuer in den Heuhaufen Ruhr geworfen. In der Sache ist er den Bergarbeitern jedoch nicht entgegengekommen. Auch Schiller will die Zechenstilllegungen nur verzögern und befürwortet die Einheitsgesellschaft der Bergwerksgesellschaften. Dazu schrieb die „Westdeutsche Allgemeine“, die Bergleute würden diese Reaktion Schillers auf die Stilllegungsanträge mit „Genugtuung und Respekt“ zur Kenntnis nehmen, aber, fügt die Zeitung hinzu: „Die Gefahr für ihre Zechen ist noch nicht abgewendet“, denn „wenn nicht Pluto und Hansa, so werden andere Zechen sterben. Niemand bezweifelt mehr die Notwendigkeit, 25 bis 30 Millionen Tonnen Förderkapazität, und damit 25 bis 30 Zechen stillzulegen. Alle Pläne, die jetzt erörtert werden, gründen auf dieser Annahme.“

Die Kumpel aber wollen sich dieser „Zwangsläufigkeit“ nicht fügen. Sie fordern darum nachdrücklicher denn je eine Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum, weil nur auf dieser Grundlage eine volkswirtschaftlich vernünftige Lösung der Bergbaukrise herbeigeführt werden kann. Dafür finden die Kumpel immer mehr Unterstützung.

Auch die SPD in Dortmund forderte eine kostenlose Enteignung des Grundbesitzes der Zechengesellschaften, um Industrieansiedlungen zu ermöglichen. Jetzt wäre es endlich an der Zeit, daß auch die IG Bergbau und Energie diese Forderung ihres letzten Gewerkschaftskongresses mit Nachdruck aufgreift. Nur so könnte die Existenz der Kumpel an Rhein und Ruhr gesichert werden. H. Cz.

# Karl Marx und der Kapitalismus

## 100 Jahre „Das Kapital“ — Die Mehrwerttheorie Das Geheimnis der kapitalistischen Ausbeutung

In den hundert Jahren, die seit dem Erscheinen des „Kapitals“ von Marx vergangen sind, haben sich ganze Generationen von „Marx-Widerlegern“ an diesem Werk versucht. Sie sind zwar alle gescheitert, aber dennoch hören die ideologischen Verteidiger des Kapitalismus nicht auf, gegen dieses grundlegende Werk anzurennen. Allerdings haben sie ihre Taktik dabei verändert. Waren sie früher bemüht, das „Kapital“ in Bausch und Bogen zu verdammern, so erklären sie heute, daß Marx für seine Zeit wohl viel Richtiges gesagt habe, daß seine Erkenntnisse jedoch für den heutigen Kapitalismus nicht mehr zuträfen.

So behaupten sie jetzt, daß es eigentlich gar keinen Kapitalismus und natürlich auch keine kapitalistische Ausbeutung mehr gebe. Der ehemalige Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärte: „Vom Kapitalismus ist bei uns nichts übriggeblieben als der Name“, und der „Industriekurier“ schrieb vor einiger Zeit: „Wer kann in der heutigen Wohlstandsära noch von Ausbeutung und ähnlichen Attributen sprechen?“

Zweifelloos vollzogen sich in den letzten 100 Jahren im Kapitalismus große Veränderungen. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, als das „Kapital“ erschien, herrschte noch der Kapitalismus der freien Konkurrenz und das Funktionieren des Preismechanismus unter dem Einfluß von Angebot und Nachfrage. Das Wirken des Gesetzes der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, das Marx in seiner Akkumulationstheorie behandelt, führte jedoch zur Zusammenballung immer größerer Kapitalien in immer weniger Händen. Es bildeten sich produktions- und marktbeherrschende Monopole heraus, die das „freie Spiel der Kräfte“ abhoben. Die weitere Entwicklung der Produktivkräfte und die Zuspitzung der Widersprüche im Kapitalismus machten ein immer stärkeres Eingreifen des kapitalistischen Staates in den Wirtschaftsprozess im Interesse der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems notwendig. Es entstand das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in dem die Macht der Monopole und die Macht des Staates in einem einheitlichen Mechanismus zusammenfließen.

Gewiß hat sich in den vergangenen hundert Jahren auch das äußere Bild des Kapitalismus und der kapitalistischen Ausbeutung gewandelt. Anstelle der dunklen und engen Fabriksäle des vorigen Jahrhunderts sind moderne Werkanlagen entstanden. Waren damals der 10- bis 15stündige Arbeitstag gang und gäbe, so konnte durch den Kampf der Gewerkschaften die Arbeitszeit wesentlich beschränkt werden. An einen bezahlten Urlaub, an Sozialversicherung und Krankenfürsorge — heute Selbstverständlichkeiten — war vor hundert Jahren nicht zu denken. Als Marx das Kapital schrieb, gab es in den Arbeiterfamil-

lien Hunger, Elend und Kinderarbeit. Heute gehören nicht nur ausreichende Nahrungsmittel und Kleidung, sondern auch eine gut eingerichtete Wohnung, Fernsehapparat und Kühlschrank zum Lebensstandard eines großen Teiles der Arbeiter und Angestellten. Das bedeutet aber nicht, daß der Kapitalismus aufgehört hat, Kapitalismus zu sein, und die Ausbeutung der Vergangenheit angehört.

Um das zu verdeutlichen, muß klar gestellt werden, was unter Kapitalismus und kapitalistischer Ausbeutung zu verstehen ist: Der Kapitalismus ist eine Gesellschaftsordnung, die auf dem Eigentum an Produktionsmitteln und der Ausbeutung der Lohnarbeiter beruht. Grundbedingung dieser Gesellschaftsformation ist 1. die Existenz einer Klasse, die die Produktionsmittel besitzt und 2. einer anderen Klasse, die nichts besitzt als ihre Arbeitskraft, die sie, um zu existieren, gezwungen ist, an die Besitzer der Produktionsmittel zu verkaufen. Die Trennung von Produktionsmittel und Produzent als ein Merkmal des Kapitalismus wurde übrigens schon vor Marx von bürgerlichen Ökonomen formuliert und wird auch heute von vielen Nichtmarxisten anerkannt. So schreibt z. B. Professor Nell-Breuning: „Für die kapitalistische Wirtschaftsweise kennzeichnend ist die Trennung von Kapital und Arbeit oder die Trennung des Arbeiters von dem Produktionsmittel.“

Auch die Tatsache der Ausbeutung der Lohnarbeiter durch die Kapitalisten wurde bereits vor Marx ausgesprochen, z. B. von den utopischen Sozialisten Saint-Simon, Fourier, Owen u. a. Das Verdienst von Marx besteht jedoch darin, daß er mit seiner Mehrwerttheorie dem Wesen der kapitalistischen Ausbeutung auf den Grund geht. Dabei geht Marx von der Tatsache aus, daß der Kapitalist für eine bestimmte Geldsumme Waren kauft — Maschinen, Rohstoffe oder Halbfabrikate, Hilfsstoffe und Arbeitskraft —, diese Waren im Produktionsprozeß zusammenbringt und die dabei hergestellten Produkte später für eine höhere Geldsumme verkauft.

Die Frage ist, woher kommt nun dieser Geldzuwachs? Bürgerliche Ökono-

men versuchen, ihn aus der „Zirkulationssphäre“ zu erklären. Sie behaupten, daß der Unternehmer durch den Austausch einen Überschuß erhalte. Marx zeigte, daß eine solche Erklärung nicht stichhaltig ist. Auf die Gesamtheit des Wirtschaftslebens bezogen, entsteht durch den Austausch keine Wertveränderung. Zuwachs und Verlust gleichen sich gegenseitig aus. In Wirklichkeit aber erzielt die Klasse der Kapitalisten in ihrer Gesamtheit einen Wertzuwachs, ihr Vermögen wächst immer mehr an. Wenn dieser Überschuß nicht dem Austausch entstammt, dann muß er in der Produktion entstehen. Das ist aber nur möglich, wenn unter den Waren, die der Kapitalist im Produktionsprozeß zusammenbringt, eine Ware ist, die die Eigenschaft hat, selbst Quelle von Wert zu sein. Eine solche Ware ist die Arbeitskraft.

Was Marx unter Arbeitskraft versteht, drückt er so aus: „Unter Arbeitskraft oder Arbeitsvermögen verstehen wir den Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten, die in der Leiblichkeit, der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen existieren und die er in Bewegung setzt, so oft er Gebrauchswerte irgendeiner Art produziert.“

Wie jede andere Ware hat auch die Arbeitskraft im Kapitalismus einen Wert und einen Gebrauchswert. Im „Kapital“ heißt es dazu: „Der Wert der Arbeitskraft gleicht dem jeder anderen Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit... Zu seiner Erhaltung bedarf das lebendige Individuum einer gewissen Summe von Lebensmitteln. Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit...“ Marx sagt weiter dazu, daß zum Wert der Arbeitskraft auch die für den Unterhalt der Familie und die Ausbildung notwendigen Kosten gehören, da der Ersatz der Arbeitskraft nicht mit dem Tode einer Arbeitsgeneration enden darf und die Arbeitskraft auch einer bestimmten Qualität, d. h. einer bestimmten Bildung und Ausbildung bedarf.

Marx weist auch darauf hin, daß der Wert der Arbeitskraft keine für alle Länder und alle Zeiten gegebene Größe ist, sondern von dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte eines Landes abhängt und vom Kampf der Arbeiterklasse um die Verbesserung ihrer Lebenslage beeinflusst wird. „Im Gegensatz zu den anderen Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element“, sagt Marx.

Wie der Verkäufer jeder anderen Ware erhält auch der Verkäufer der Arbeitskraft, der Arbeiter, seinen Tauschwert und veräußert den Gebrauchswert an den Käufer, an den Unternehmer, dem nun der Gebrauchswert gehört. Er erwirbt ihn, um ihn

# Forderungen sanieren Krankenversicherung

## Fauler Kompromiß um den Rentenbeitrag Gute Vorschläge der Gewerkschaften realisieren

Der Arbeits- und Sozialausschuß des Bundesrates, der aus den Arbeitsministern bzw. Senatoren der Länder besteht, hatte mit knapper Mehrheit (sechs gegen fünf Stimmen) dem Bundesrat empfohlen, die Einführung eines 4prozentigen Beitrages zur Krankenversicherung für die Sozialrentner abzulehnen. Der Bundesrat ist jedoch in seiner Sitzung am 13. Oktober dieser Empfehlung nicht gefolgt, sondern hat dieser unsocialsten Maßnahme im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung zugestimmt.

Nach einem später zwischen den Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und SPD ausgehandelten Kompromiß sollen die Rentner „nur“ 2 Prozent Beitrag zu ihrer Krankenversicherung bezahlen. Für die Herabsetzung des Beitragssatzes von 4 auf 2 Prozent aber sollen die neuen Rentner ihre Rente künftig erst einen Monat später erhalten, soll es einen gleichzeitigen Bezug von Rente und Arbeitslosengeld nicht mehr geben und die Rezeptgebühr von 0,50 DM auf 1,00 DM erhöht werden. Allein die spätere Zahlung der Rente um einen Monat bedeutet für die neuen Rentner praktisch, daß ihnen für 50 Monate die 2 Prozent des Beitrages, die jetzt nachgelassen werden, schon im voraus abbasiert werden. Schrittweise soll so die seit zehn Jahren angestrebte zusätzliche Selbstkostenbeteiligung in der Krankenversicherung verwirklicht werden.

Die Gewerkschaften lehnen wie die Rentnerverbände zwar einmütig den Krankenversicherungsbeitrag für die Rentner ab. Doch gibt es auch so manchen in den Organen der Krankenversicherung tätigen Gewerkschafter, der über die „hohe Belastung“ seiner Krankenkasse durch die Rentner stöhnt. So wurde von einer großen Ortskrankenkasse in ihrem Jahresbericht für das Jahr 1966, der mit einem Defizit abschloß, festgestellt, die Krankenversicherung der Rentner sei für die Kasse ein „Faß ohne Boden“.

Die chronische Finanzmisere der Krankenkassen ist jedoch nicht Schuld der Rentner. Auch an der Krankheit wird in unserem Lande recht gut verdient, und die Krankheitskosten sind in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich angestiegen. Die großen Medikamentenhersteller, wie die IG-Farben

Nachfolger Höchst und Bayer, arbeiten mit höchsten Gewinnen, die auch von der Regierung der Großen Koalition nicht eingeschränkt werden. Die Pflegesätze für die Krankenhäuser haben sich in den Jahren seit der Währungsreform vervielfacht. Die Krankenhäuser wälzen fast alle Kosten auf die Krankenversicherung ab, weil die Gemeinden infolge ihrer Finanzknappheit ihre Zuschüsse zum Unterhalt der Krankenhäuser reduziert bzw. ganz eingestellt haben. Das Einkommen der Ärzte hat sich — wie in der „Quelle“ festgestellt wurde — in den letzten zehn Jahren um 133 Prozent auf durchschnittlich 122 000 DM im Jahr erhöht. Dabei dürfte das Einkommen der meisten praktischen „Hausärzte“ weit unter diesem Betrag liegen.

Die Finanzlage der Krankenkassen könnte mit einem Schlag grundlegend verbessert werden, wenn folgende von den Gewerkschaften seit langem vertretene Forderungen verwirklicht würden:

**Arbeitsrechtliche Lösung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall.** Die Kassen, die überwiegend Arbeiter als Mitglieder haben, könnten dadurch von 40 v. H. ihrer Leistungsausgaben befreit werden.

**Wegfall der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte und Erhöhung der Beitragbemessungsgrenze,** die mit 900 DM Monatseinkommen völlig ungenügend ist.

**Voller Ersatz aller Aufwendungen für Fremdaufgaben,** die den Krankenkassen gesetzlich aufgetragen sind, wie Mutterschaftshilfe, Behandlungskosten für Betriebsunfälle in den ersten achtzehn Tagen nach dem Unfall. Der Betrag der den Krankenkassen nicht erstatteten Fremdaufwendungen ist mit 1,5 Milliarden DM jährlich zu veranschlagen. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung aber will die Regierung der Großen Koalition den Betrag, den die Krankenkassen pro Fall Mutterschaftshilfe erstattet bekommen, sogar noch von 550 auf 400 DM vermindern.

**Leistungsgerechter Beitrag für die Krankenversicherung der Rentner,** jedoch ohne Belastung des Rentners, durch Erhöhung des Beitrages, den die Träger der Rentenversicherung den Krankenkassen für den Rentner zahlen. Das setzt jedoch voraus, daß der Bund verpflichtet wird, seine Zuschüsse zu den Ausgaben der Rentenversicherung nicht zu kürzen, wie es die Regierung Kiesinger plant, oder einfach nicht zu zahlen, wie es bisher schon mit der zwangsweisen Ablösung der Barzuschüsse durch Schuldbuchforderungen praktiziert wird, sondern in vollem Umfang zu leisten.

Der Versuch, die soziale Krankenversicherung auf Kosten der Rentner zu sanieren, ist erstens untauglich, zweitens ungerecht und drittens unsocial.

A. B.

zu konsumieren. Die Konsumtion der Ware Arbeitskraft ist die Arbeit, und Arbeit ist Wertschöpfung. Dabei besteht zwischen dem Wert der Ware Arbeitskraft und dem Wert, der durch ihre Betätigung entsteht, eine Differenz. Sie hängt vor allem vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte und der damit verbundenen Arbeitsproduktivität ab. Je höher die Arbeitsproduktivität, um so kürzer ist die Zeit, während der der Arbeiter die Existenzmittel erzeugen kann, in denen sich der Wert seiner Arbeitskraft ausdrückt. Kann der Arbeiter bei einem bestimmten Stand der Arbeitsproduktivität in vier Stunden einen Wert schaffen, der dem Tageswert seiner Arbeitskraft gleich ist, so kann er bei einem achtstündigen Arbeitstag in den restlichen vier Stunden einen zusätzlichen Wert oder Mehrwert erzeugen, den sich der Kapitalist aneignet, denn er hat den Arbeiter nicht für vier Stunden, sondern für den ganzen Tag gemietet. Die kapitalistische Ausbeutung besteht also in der Aneignung des Mehrwertes, der unbezahlten Arbeit der Lohnarbeiter.

Durch den Arbeitslohn, der den Anschein erweckt, als verkaufe der Arbeiter nicht seine Arbeitskraft, sondern seine Arbeit, durch die Form der Lohnzahlung — Stundenlohn oder Akkordlohn —, bei der die Lohnhöhe nach der geleisteten Arbeitszeit bzw. der Anzahl von Arbeitsoperationen bemessen wird, wird die Ausbeutung verschleiert. Es entsteht der Anschein, als bekomme der Arbeiter die ganze Arbeit bezahlt. In Wirklichkeit bekommt er den Tageswert seiner Arbeitskraft, der auf die Stunden des Normalarbeitstages bzw. die während eines Normalarbeitstages im Durchschnitt zu verrichtenden Arbeitsoperationen umgelegt ist.

Die von Marx im „Kapital“ entwickelte Mehrwertstheorie enthüllt das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung und liefert den Schlüssel zum Verständnis des Kapitalismus überhaupt; denn: „Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei ist das absolute Gesetz dieser Produktionsweise.“

W. Gerns

# Renten nach der zehnten Anpassung

**8,1 Prozent mehr Rente — was bleibt davon dem Rentner?**

**Was die Versicherung zahlt, kassiert der Staat wieder ein**

Um 8,1 Prozent sollen die Sozial-, um 7,2 Prozent die Unfallrenten ab 1. Januar 1968 mit der zehnten Rentenanpassung erhöht werden. Minister und Abgeordnete der Großen Koalition, besonders der SPD, stellen diese Entscheidung der Bundesregierung als Beweis für den „sozialen“ Kurs der Kiesinger-Regierung hin. Unternehmerorgane aber laufen gegen die geplante Rentenerhöhung Sturm. Für die CDU/CSU-Koalition ist es jedoch recht billig, sich mit der nächstjährigen Rentenanpassung „sozial“ zu geben. Sie kostet den Staat keinen Pfennig, sondern wird von den Trägern der Versicherungen ausschließlich aus den laufenden Einnahmen und ihren Rücklagen finanziert. Im Gegenteil: Die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung werden bekanntlich im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung drastisch gekürzt!

Mit einer Erhöhung um 8,1 Prozent zum 1. Januar nächsten Jahres steigen die Sozialrenten mehr, als sich die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten im Durchschnitt des Jahres erhöhen werden. Das ergibt sich daraus, daß die Anpassung der Renten mit einem drei- bis vierjährigen Rückstand der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter folgt. So sind von 1957 bis 1966 im Durchschnitt die Löhne um 96,2 Prozent, die Renten nur um 69,9 Prozent gestiegen. Das Realeinkommen nahm in diesen Jahren bei den Löhnen um 57,7 Prozent, bei den Renten nur um 32,8 Prozent zu.

Nach einem vollen Arbeitsleben reichen Arbeitsunfähigkeits- oder Altersrenten nur rund 40 Prozent des Arbeitsverdienstes. Eine Feststellung des Sozialberichtes 1967 zeigt, daß in der Rentenversicherung der Arbeiter 47,3 Prozent aller Versichertenrenten für Männer weniger als 350 DM im Monat betragen. Nur 22,6 Prozent der Männer erhalten eine Versichertenrente von mehr als 500 DM im Monat. Bei den Frauen erhalten sogar 98 Prozent eine Versichertenrente von weniger als 350 DM im Monat und nur 0,1 Prozent (2000) mehr als 500 DM im Monat. In der Angestelltenversicherung sieht es etwas günstiger aus. Aber auch hier beziehen noch 21,4 Prozent aller Männer und 67,4 Prozent aller Frauen eine Versichertenrente von weniger als 350 DM im Monat.

Auch mit einer Erhöhung um 8,1 Prozent werden also die Sozialrenten nicht in den Wohlstands-Himmel wachsen! Wie der Sozialbericht 1967 ausweist, hat im April 1967 in der Rentenversicherung der Arbeiter, die mehr als zwei Drittel aller Sozialrenten zahlt, die durchschnittliche Höhe der Renten für Versicherte 250,80 DM und für Witwen 196,70 DM ausgemacht. Die Erhöhung um 8,1 Prozent ist ohnehin nur fiktiv, wenn nicht Täuschung. Denn was den Rentnern mit der einen Hand gegeben wird, soll ihnen mit der anderen Hand wieder genommen werden: Ab 1. Januar sollen sie, wenn es nach der Bonner CDU/CSU-SPD-Regierung geht, 4 Prozent ihrer Rente als Beitrag an die Krankenversicherung abführen. Damit wird den Sozialrent-

nern die angebliche Erhöhung um 8,1 Prozent mehr als halbiert. Bei einer Monatsrente von 250 DM macht die Erhöhung um 8,1 Prozent 20,30 DM aus. Die 4 Prozent Krankenkassenbeitrag von der dann 270,30 DM betragenden Rente aber ergeben einen Betrag von 10,80 DM. Was dem Rentner verbleibt, sind also ganze 9,50 DM oder eine Erhöhung seiner Rente um 3,8 Prozent!

Doch selbst diese geringfügige Erhöhung seiner Rente wird dem Sozialrentner durch eine Vielfalt anderer unsozialer Maßnahmen der Großen Koalition wieder aus der Tasche geholt: Durch die Mehrwertsteuer wird schon bei dem Satz von 10 Prozent die Lebenshaltung um 1,5 bis 2 Prozent verteuert, bei dem ab 1. Juli 1968 vorgesehenen Satz von 11 Prozent wird die Teuerung noch größer sein. Die Mieten sollen ab 1. Januar 1968 steigen, die Mietbeihilfen, die zu 64 Prozent an Rentner gezahlt werden, aber um im Durchschnitt 25 Prozent gekürzt werden.

Den Rentnern wird also nichts von der Erhöhung ihrer Rente verbleiben, ja für viele Rentner wird die Erhöhung ihrer Rente nicht ausreichen, um die von den finanzpolitischen Entscheidungen der Regierung der Großen Koalition verursachten Teuerungswellen auch nur annähernd auffangen zu können. Bö.

## **Anpassung der Kriegsofferrenten soll gestrichen werden**

Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung soll nicht nur die erstmals 1969 mögliche Anpassung der Kriegsofferrenten bis Ende 1971 ausgesetzt werden, wie es in der Berichterstattung über die Beschlüsse der Kiesinger-Regierung irreführend hieß (s. „Können Kriegsoffer zufrieden sein?“ — NA 8/1967). Der jetzt Bundestag und Bundesrat vorliegende Regierungsentwurf für das Finanzplanungsgesetz besagt vielmehr schlicht und eindeutig: Der § 56 des Bundesversorgungsgesetzes, der die Bundesregierung alle zwei Jahre zur Berichterstattung darüber verpflichtet, ob und in welchem

Umfang die Renten für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene der Entwicklung der Wirtschaft und übrigen Einkommen angepaßt werden, wird gestrichen.

Die Regierung der Großen Koalition will also den Kriegsoffern das erst mit dem zum 1. Januar 1967 in Kraft getretenen 3. Neuordnungsgesetz nach jahrelangem Kampf errungene Recht, daß auch bei ihren Renten zumindest alle zwei Jahre geprüft wird, ob eine Anpassung notwendig und möglich ist, wieder völlig entziehen. Eine nächste Erhöhung der Kriegsofferrenten würde damit nur durch ein neues Gesetz möglich, von der Gunst der Regierung und des Bundestages und — mehr noch — von dem Druck der Kriegsoffer und ihrer Verbände abhängig sein.

## **Veranstalter nicht der FDGB**

*In der Nr. 10/67 Ihrer Zeitschrift wurde auf Seite 13 ein Bericht über die XXVI. Deutsche Arbeiterkonferenz veröffentlicht. Dieser Bericht enthält Ungenauigkeiten, da vielleicht dem Verfasser einige Zusammenhänge nicht bekannt waren. So wird z. B. der FDGB als „Veranstalter“ der Deutschen Arbeiterkonferenzen bezeichnet. Die Arbeiterkonferenzen in Leipzig kamen auf Wunsch westdeutscher Arbeiter und Gewerkschafter zustande. Bereits auf der IV. Arbeiterkonferenz (6. September 1956) wurde ein Ständiger Ausschuß der Deutschen Arbeiterkonferenzen gebildet, dem Arbeiter- und Gewerkschaftsfunktionäre aus beiden deutschen Staaten angehören. Dieses Gremium bereitet die Arbeiterkonferenzen vor, lädt Arbeiterorganisationen und Gewerkschaftsfunktionäre aus beiden deutschen Staaten und West-Berlin zur Teilnahme an den Konferenzen ein und führt sie durch. Die Einberufung der XXVI. Deutschen Arbeiterkonferenz wurde bereits von den Teilnehmern der XXV. Arbeiterkonferenz beschlossen.*

*Entsprechend der Einladung des Ständigen Ausschusses der Deutschen Arbeiterkonferenz nahm auch an der XXVI. Deutschen Arbeiterkonferenz eine Delegation des FDGB teil.*

*Auch die in diesem Bericht verwendeten Zahlen entsprechen nicht den Tatsachen. Während der Leipziger Messe weilten in Leipzig rund 2300 westdeutsche und Westberliner Arbeiter und Gewerkschafter. An der Arbeiterkonferenz nahmen allerdings rund 1300 Arbeiter- und Gewerkschaftsfunktionäre aus der Bundesrepublik, West-Berlin und der DDR teil.*

*Bodo Schulz,  
Ständiger Ausschuß der  
Deutschen Arbeiterkonferenzen,  
Berlin*

## US-Automobilarbeiterstreik war erfolgreich

Genau 46 Tage mußten die Automobilarbeiter der amerikanischen Fordwerke streiken, bis der Mammutkonzern Zugeständnisse machte. Für die 160 000 Fordarbeiter wurde ein neuer Tarifvertrag für die Dauer von drei Jahren abgeschlossen. Danach tritt sofort eine Stundenloohnerhöhung von 80 Pfennig in Kraft; vor Ablauf eines Jahres wird der Lohn abermals um 40 Pfennig erhöht. Im zweiten Jahr steigen die Löhne um 44 Pfennig und im dritten um 48 Pfennig. Darüber hinaus wurde ein Teuerungszuschlag von rundlich 20 Pfennig im ersten und je 32 Pfennig im zweiten und dritten Jahr vereinbart. Dieser Zuschlag wird vierteljährlich in einer Summe ausbezahlt.

Es ist den amerikanischen Automobilarbeitern auch gelungen, auf dem Wege zum garantierten Jahreslohn einen wesentlichen Erfolg zu erringen. Gemäß dem neuen Vertrag erhalten die Arbeiter mit den meisten Beschäftigungsjahren oder im Krankheitsfalle bei ihrer Entlassung bis zu 95 Prozent des Lohnes für die Dauer eines Jahres. Die Automobilarbeiter-Gewerkschaft (UAW) hat zu erkennen gegeben, daß sie gleiche Tarifverträge auch für die übrige Automobilindustrie durchzusetzen gedenkt.

## Neuer Generalsekretär der IBFG

Der Vorstand des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) hat auf seiner 43. Sitzung in Brüssel den bisherigen Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftssekretariats in Brüssel, den Niederländer Harm G. Buiter zum neuen Generalsekretär gewählt. Buiter ist der Nachfolger von Omer Becu, der Anfang dieses Jahres im Alter von 65 Jahren aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten war. Seine drei Stellvertreter, A. Braunthal, Herbert A. Tulatz und M. Paladino wurden in ihren Ämtern bestätigt.

In einem Interview hat der neugewählte Generalsekretär Buiter den Standpunkt vertreten, daß die Kontaktaufnahmen mit kommunistischen Gewerkschaften zurückgestellt werden müssen, bis es dem IBFG gelungen sei, das „eigene Haus in Ordnung“ zu bringen. Es sei noch immer die Aufgabe zu lösen, im Rahmen des IBFG mit den Arbeitnehmern der beiden europäischen Wirtschaftsblöcke und der Entwicklungsländer eine Abstimmung zu erreichen, um mit den Problemen der wirtschaftlichen Expansion, der Vollbeschäftigung und der Vermeidung einer Inflation fertig zu werden.

Die Art, in der in der EWG Beschlüsse gefaßt werden, als höchst undemokratisch, weil die endgültigen Entscheidungen in Geheimsitzungen von Ministern getroffen würden, ohne daß eine demokratische Kontrolle gewährleistet sei. Der Prozeß der Beschlußfassung sollte darum demokratisiert werden, und das erhofften sich die Gewerkschaften, vornehmlich von einem Beitritt Großbritanniens und der skandinavischen Staaten zur EWG, Länder mit großer demokratischer Tradition.

Zum neuen Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftssekretariats in Brüssel wählte der Exekutivausschuß, unter dem Vorsitz von Ludwig Rosenberg, anstelle von Buiter den belgischen Gewerkschafter Theo Raschaert, in dessen bisherige Funktion der frühere Referent für Wirtschaftsfragen beim Hauptvorstand der Gewerkschaft NGG, Walter Braun, rückte.

## Griechische Gewerkschaft vom IBFG abgehängt

Die letzte Vorstandssitzung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Brüssel hat beschlossen, die Rechte des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Griechenlands, der im IBFG Mitglied ist, mit sofortiger Wirkung zu suspendieren. Diese Entscheidung soll so lange gelten, „bis festgestellt werden kann, daß diese Organisation von echten repräsentativen Gewerkschaftskräften geleitet wird“.

Der IBFG-Vorstand verurteilte in scharfer Form das faschistische Diktaturregime in Griechenland und forderte die EWG, den Europarat und die OECD auf, die Beziehungen zu Athen abbrechen.

## Empfehlung für Einheitsgewerkschaft in Finnland

Die Verhandlungsdelegationen der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei Finnlands haben in einer gemeinsamen Empfehlung ihren Mitgliedern die Schaffung eines neuen einheitlichen Zentralverbandes der Gewerkschaften vorgeschlagen. In der Empfehlung heißt es, daß der Zentralverband der Gewerkschaften den Charakter eines Dachverbandes tragen müsse; er soll unabhängig von den politischen Parteien bestehen und sich nicht in die Parteipolitik einmischen. Der Zentralverband wird allen Gewerkschaftsorganisationen offenstehen und seine Tätigkeit nach demokratischen Prinzipien ausrichten. Die in verschiedenen Gewerkschaftszentralen zusammengeschlossenen bzw. unabhängig existierenden Gewerkschaften und Grundorganisationen werden in der Empfehlung aufgefordert, Verhandlungen über gegenseitige Zusammenschlüsse zu führen. Der Zentralverband soll weiter eine aktive Zu-

sammenarbeit mit den Gewerkschaften, vor allem der nordischen Länder und der Sowjet-Union, anstreben.

In der Empfehlung heißt es u. a., die Gespräche, die zwischen den Parteien stattfanden, hätten ergeben, daß die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung Nachteile für die Interessen der Werktätigen und für die allgemeinen Ziele der Arbeiterbewegung in Finnland verursachten. Entsprechend herrsche zwischen den Parteien Einverständnis darüber, daß die bereits seit langer Zeit unter den Mitgliedern vorhandenen Bestrebungen nach Herstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung eine Unterstützung mit allen Mitteln verdiene.

## In der UdSSR: Höhere Renten und weniger Lohnsteuer

Presse, Rundfunk und Fernsehen in der Bundesrepublik haben — groß aufgemacht und auf der ersten Seite — darüber berichtet, daß der Oberste Sowjet, das Parlament der Sowjet-Union, für das Haushaltsjahr 1968 die Ausgaben für die Verteidigung erhöht habe, ohne dazu zu sagen, daß die Steigerung der Verteidigungsausgaben auf die Hilfe der Sowjet-Union für Vietnam zurückzuführen ist. Ebenso wurde von den Zeitungen bewußt unterschlagen, daß zur gleichen Zeit die Löhne und sozialen Leistungen in der Sowjet-Union steigen und die Steuerbelastungen sinken werden.

Folgende Maßnahmen hat das Zentralkomitee der KPdSU u. a. beschlossen, die größtenteils zum 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten sollen:

Eine Erhöhung der Mindestlöhne um 25 Prozent und eine wesentliche Verbesserung der Löhne in zahlreichen Industriezweigen, so im Maschinenbau, für im Fernen Osten und im europäischen Norden liegende Industrien. Durch die Lohnerhöhungen steigen automatisch die Renten, die in der Sowjet-Union 50 bis 100 Prozent des letzten Lohnes betragen (je geringer der Lohn, um so höher der Prozentsatz der Rente). Die Mindestrente ist so hoch wie der Mindestlohn und wird somit auch um 25 Prozent erhöht.

Der Mindesturlaub wird auf 15 Arbeitstage erhöht. Bei der Errechnung des Urlaubs gelten für die Woche fünf Tage, so daß der Mindesturlaub drei Wochen beträgt. Die Lohnsteuer wird weiter gesenkt. Bei den Mindestlöhnen um 25 Prozent. Das Rentenalter für Frauen, die in der Textilindustrie tätig sind, wird von 55 auf 50 Jahre herabgesetzt, für in der Landwirtschaft beschäftigte Männer von 65 auf 60, Frauen von 60 auf 55 Jahre. Verbessert werden auch die Renten der bäuerlichen Pensionäre und die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten, die eine erst in den letzten Jahren neu eingeführte Rente erhalten, wird von rund viereinhalb auf etwa sieben Millionen erhöht.

- **23.—24. November 1967**  
4. Zentrale Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil - Bekleidung in Nürnberg.
- **Februar bis April 1968**  
Betriebsrätewahlen in allen Betrieben der Bundesrepublik.
- **Mai**  
Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Versicherungsträger (Rentenversicherung, Ersatzkassen, Berufsgenossenschaften, Betriebskrankenkassen).
- **13.—17. Mai**  
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Leder in Offenbach/Main.
- **4.—8. Juni**  
Kongreß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft für Lehrer und Erzieher in Nürnberg.
- **30. Juni—6. Juli**  
6. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in München.
- **22.—24. August**  
6. Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Kiel.
- **1.—6. September**  
9. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Düsseldorf.
- **2.—7. September**  
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in München.
- **16.—20. September**  
7. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen in Bremen.
- **16.—21. September**  
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in West-Berlin.
- **30. September — 4. Oktober**  
9. ordentlicher Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Koblenz.
- **7.—11. Oktober**  
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Bremen.
- **13.—17. Oktober**  
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Land- und Forstwirtschaft in Erbach/Odw.
- **20.—26. Oktober**  
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Koblenz.
- **29.—30. Oktober**  
6. Bundesangestelltentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nürnberg.
- **21.—22. November**  
7. Deutscher Beamtenstag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Braunschweig.
- **22.—23. November**  
7. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Braunschweig.

## DGB gegen Beitragserhöhung

Anläßlich der Beratung der Bundestagsausschüsse über die mittelfristige Finanzplanung und der darüber demnächst anstehenden Entscheidungen des Bundestages hat der DGB gegen das Vorhaben der Bundesregierung, die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten durch Beitragserhöhung einerseits und Leistungsbeschränkung andererseits zur Haushaltssanierung mit heranzuziehen, stärkste Bedenken angemeldet und unter folgenden fünf Gesichtspunkten zusammengefaßt:

In die Rentenbemessung dürfe nicht eingegriffen werden; die bruttolohnbezogene Rente sei auch weiterhin unverändert beizubehalten.

Aus sozialen und gesundheitlichen Gründen müsse es bei der Krankenversicherung der Rentner ohne Rentenbeiträge bleiben.

Die Bundeszuschüsse und -erstattungen sollten zumindest in voller Höhe aufrechterhalten bleiben. Der Staat müsse Garant der Altersversorgung bleiben und sollte auch künftig für die Kriegsfolgelasten voll eintreten.

Nur dann dürften Beitragserhöhungen erfolgen, wenn der Bund seinen Zu- schuß ungekürzt beibehalte und so- weit sie zur Bewältigung des „Renten- berges“ unvermeidlich seien.

Soweit die Bundeszuschüsse und -erstattungen ausreichen, sollten, neben mäßigen Beitragserhöhungen, die bisher gebildeten Rücklagen zur Finanzierung der laufenden Renten heran- gezogen werden.

Bei diesen Forderungen geht der DGB davon aus, daß das Vertrauen der Versicherten in ihren Rechtsanspruch auf spätere Renten und in den Staat erhalten bleiben müssen. Der Staat habe die Solidarbereitschaft der ar- beitenden Generation gegenüber den alten Menschen zu schützen und zu fördern und dürfe daher nicht Staats- aufgaben und ihre Finanzierung auf die Versichertengemeinschaft abwäl- zen und soziale Ansprüche einschrän- ken. Das sorgenfreie Alter sei ein wichtiges Ziel des Sozialstaates, für den sich der DGB entschieden ein- setze.

Zur Deckung der Finanzlücke hat der DGB folgende Finanzvorschläge vor- gelegt:

Die Möglichkeit, stille Reserven bei der Veräußerung bestimmter Wirt- schaftsgüter steuerfrei auf das Un- ternehmen zu übertragen, sollte be- seitigt werden — Mehreinnahmen: 100 bis 200 Mill. DM;

Anhebung des Körperschaftssteuer- satzes für ausgeschüttete Gewinne; die bisher unbegrenzt abzugsfähigen Sonderausgaben seien zu überprü-

fen, Spekulationsgewinne steuerlich zu erfassen;

Beseitigung der Abzugsfähigkeit von Betriebsausgaben für Bewirtung und Geschenke;

Beseitigung der Abzugsfähigkeit der Vermögenssteuer von der Einkom- mensteuer — Mehreinnahmen 300 Millionen;

höhere Erbschaftssteuer bzw. Ein- führung einer Nachlaßsteuer und eine Wertzuwachssteuer auf bau- reife, unbebaute Grundstücke.

Der DGB geht bei seinen Vorschlägen davon aus, daß die Rentenversicherung ein soziales Instrument der Alters- sicherung ist. Die dafür gebildete Rücklage habe ausschließlich der Fi- nanzierung der Renten zu dienen und habe keineswegs die Funktion eines Kapitalmarktstabilisators oder von Haushaltsreserven. Die Haftung der arbeitenden Generation für die Alters- versorgung könne nur in dem Umfang erhöht werden, wie die Verflüssigung der Rücklagemittel neben den Bei- tragseinnahmen und Bundeserstattun- gen Lücken bei der Finanzierung der Renten zurücklassen. R. D.

### 1,064 Milliarden DM

#### Arbeitslosenunterstützung

Die Auszahlungen der deutschen Ar- beitsämter an Arbeitslose haben sich in den zwölf Monaten vom 1. Juli 1966 bis Juni 1967 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifacht. Sie betrugen insgesamt 1,064 Milliarden DM.

#### Zu guter Letzt:

*„Die Umsetzung der Bergleute an der Ruhr muß ‚sozial abgeledert‘ erfol- gen.“ — So der Bundeswirtschafts- minister Schiller. Ohne Zweifel, wäre Wirtschaftspolitik gleichbedeutend mit Formulierungskunst, die Bundesrepub- lik hätte den besten Wirtschafts- minister, den es je gab. Was aber sol- len sich die Kumpel, die von den Zechenherren auf die Straße geworfen werden, unter „sozial abgeledert“ vorstellen?*

## nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat Herausgeber: Heinz Seager, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9  
Telefon 3638, Postcheckkonto Stuttgart 96019  
Redaktioneller Mitarbeiter: Gerd Siebert, Hamburg  
Für den Inhalt der Briefe kann keine Verantwortung übernommen werden  
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch  
Druck: Max Kristeller, Hamburg-Altona, Winterstraße 9/11  
Finanzpreis 0,75 DM; Halbjahres-Abonnement 4,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr  
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet